Freitag, 22. Januar 1926.

Einzelnummer 15 Groschen
mit illustrierter Beilage 30 Gr.

65. Jahrgang. Nr. 17.

Erscheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Złoty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post . . . 3.50
ausschl. Postgebühren.
ins Ausland 6 Goldmark bei
täglicher Versendung und 5
Goldmark bei 2 mal wöchentlicher Versendung.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild".

Postscheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Das Schicksal des Islams.

(Von unserem ständigen Berichterstatter.)
(Nachdruck, auch mit Quellenangabe, verboten!)

E. S. Konstantinopel, Januar 1926.

Ueber das Wesen und die Bedeutung des Mohammedanismus in seiner gegenwärtigen Gestalt herrschen in Europa im ganzen immer noch recht irrige Vorstellungen. Vor allem ist die im Abendlande verbreitete Anschauung vom „Fanatismus" der Muselmanen als ein im Orient längst überwundener Standpunkt anzusehen. Die Verfolgungen der Armenier, wie wir sie vom Ende des vorigen Jahrhunderts bis in unsere Tage erlebt haben, hatten bekanntlich mit religiösem Fanatismus nicht das geringste zu tun und wurden zu Unrecht als „Christenverfolgungen" ausgegeben. Im allgemeinen sind die allermeisten mohammedanischen Völker heute recht tolerant und selbst die früher als fanatische Sekte bekannten Wahabiten haben ihren Krieg in Arabien mehr aus nationalen Beweggründen und dem Streben nach Selbständigkeit, als aus religiösen Motiven geführt.

Man beachtet auch zu wenig, daß nicht allein die sogenannten Reformtürken, sondern überhaupt der überwiegende Teil aller gebildeten Muselmanen, von denen so viele in Westeuropa studiert haben, sich in Bezug auf ihr religiös ganz indifferentes Verhalten von der ungeheuren Menge der sogenannten Namenchristen in der europäischen Kulturwelt in keiner Weise mehr unterscheidet. Am stärksten ausgeprägt tritt diese Stellungnahme der gebildeten mohammedanischen Welt in der neugeschaffenen Türkei hervor, weil hier die Regierung selbst das Verständnis für die große ethisch-religiöse Bedeutung der Staatsreligion verloren zu haben scheint.

So war unter den vielen verhängnisvollen Fehlern, die die türkische Politik im Inneren wie nach außen hin in den letzten Jahren gemacht hat, die Abschaffung des Kalifats im Jahre 1924 jedenfalls der folgenschwerste, denn sie vor allem hat zu der gegenwärtigen Uneinigkeit und Zersplitterung der mohammedanischen Welt am meisten beigetragen. Die Abschaffung des Sultanats im Jahre 1922 war eine innere, rein türkische Angelegenheit, während die Vernichtung des Kalifats im Jahre 1924, nach den jahrhundertelang bestehenden Traditionen, eine Rechtsverletzung gegenüber der gesamten Welt des Islams darstellte. Zu diesem Vorgehen in einer nicht türkischen, sondern mohammedanischen Angelegenheit war die Türkei ebensowenig berechtigt, wie etwa Italien das Recht hätte, das Papsttum abzuschaffen. Welche dominierende Führerstellung hätte die wiedergeborene Türkei bei der seit 1922 geschaffenen, auch politisch so günstigen Sachlage erreichen können, wenn sie eine Institution aufrecht erhalten und entsprechend weiter ausgebaut hätte, wie sie die gesamte Christenheit seit langem besitzt. Es ist aber in der mohammedanischen Türkei in den letzten Jahren überhaupt mehr verboten und abgeschafft als aufgebaut worden.

Aber nicht nur in der Türkei, sondern auch in den meisten anderen mohammedanischen Ländern treten die den Islam zersetzenden Einflüsse immer deutlicher hervor. Es fragt sich nun in Anbetracht dieser unleugbaren Tatsache, wie sich das Schicksal des Islams weiter gestalten wird und welche Schritte zu ergreifen wären, um ihn vor der Vernichtung zu bewahren bzw. in einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Weise zu regenerieren. Der erste und wichtigste Schritt wäre natürlich die Wiederherstellung des Kalifats, wobei die Türkei mit ihren nur ganz äußerlichen und vom anatolischen Volke abgelehnten Reformbestrebungen auch ganz aus dem Spiele bleiben könnte.

Bekanntlich ist schon davon die Rede gewesen, daß auf dem bevorstehenden Kongreß aller mohammedanischen Länder in Baku auch die Frage der Wahl eines neuen Kalifen zur Sprache kommen soll. Wir wissen zurzeit noch nicht, welche Absichten die russische Politik mit diesem, jedenfalls unter sowjetrussischer Aegide stehenden Kongreß zu erreichen sucht, doch kann man wohl sicher annehmen, daß seine Tendenz — wenn er überhaupt an diesem Orte zustande kommt — eine ausgesprochen antibritische sein würde. Die Kalifatsfrage würde hier aber ebensowenig befriedigend gelöst werden können wie in allen anderen Ländern, die dem politischen Einfluß einer auswärtigen Macht unterworfen sind. Das haben auch die bisher mißglückten Versuche der britischen Politik, diese Frage in einem englischen Sinne zu lösen, deutlich genug gezeigt.

Ein Kongreß der Mohammedaner, der ein positives Ergebnis und eine wirkliche Einigung erzielen soll, könnte nur an einem Orte stattfinden. Als ein solcher Ort käme wohl am besten die alte heilige Stadt Mekka in Frage. Auf einem solchen Kongreß müßte eine aus Vertretern sämtlicher mohammedanischer Länder bestehende Kommission geschaffen werden, die sich ganz ausschließlich mit geistlichen Angelegenheiten zu befassen und einen Präsidenten, oder wie man sonst das geistliche Oberhaupt nennen will, zu wählen hätte. Ein solches geistliches Oberhaupt, das durch einen geistlichen Rat unterstützt werden könnte, hätte dann, ohne sich irgendwie mit Politik zu befassen, die autoritative Kontrolle über das religiöse Leben aller Mohammedaner der Welt auszuüben. Ihr Hauptaugenmerk hätte die geistliche Führung dabei auf die ethisch-religiöse und, dem Zeitgeist entsprechend, auch auf die ethisch-kulturelle Förderung aller Muselmanen zu richten.

Der alte, früher in Europa gültige Grundsatz „cujus regio, ejus religio" ist auch in der Türkei schon längst, amtlich und prinzipiell jedenfalls seit dem bekannten Hats-i-Humajum von 1856, beseitigt worden. Heute aber hätte das geistliche Oberhaupt im ganzen Bereich seiner geistigen Herrschaft für weiteste Toleranz und wirkliche Gewissensfreiheit im modernen Sinne zu sorgen. Es wäre dann auch gewiß sehr zu begrüßen, wenn ein solcher Kalif in allen ethisch religiösen Fragen mit den geistlichen Führern aller anderen religiösen Bekenntnisse, nicht allein in seinem Herrschaftsbereich, sondern auch in Europa, sich verständigen wollte. So würde nicht allein das moralische Ansehen des Islams wachsen und das einigende Band für alle mohammedanischen Länder ein festeres werden, sondern auch dem allgemeinen Völkerfrieden gewiß gedient sein. Bei dem Fehlen einer solchen, zwar unpolitischen, aber doch sehr bedeutsamen Organisation könnte der Islam, wenn auch nicht zugrunde gehen, so doch seine ganze moralische und suggestive Kraft im asiatischen Völkerleben einbüßen.

Es fragt sich nun, inwieweit eine solche neue Einstellung des Islams für Europa von Interesse sein könnte. Hierzu ist zu bemerken, daß eine stärkere geistige Solidarität der islamitischen Welt für das gegenwärtige Europa deshalb von großem Nutzen wäre, insbesondere auch in wirtschaftspolitischer Beziehung, weil die Gefahr für die orientalischen Länder, den imperialistischen und wirtschaftlichen Gelüsten bald dieser, bald jener europäischen Macht zum Opfer zu fallen, dann eine sehr viel geringere wäre.

So ist die ganze Frage des Kalifats doch wohl von größerer weltpolitischer Bedeutung, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Regierungskonflikt in Warschau?

Die sozialistischen Forderungen. — Die Heeresausgaben und Beamtengehälter. — Um den Marschall Piłsudski

Warschau, 20. Januar. In den Wandelgängen des Sejm treten die Gerüchte stärker auf, wonach zwischen den einzelnen Mitgliedern der Koalitionsregierung Unstimmigkeiten herrschen. Die Meinungsverschiedenheiten verhinderten es bis jetzt, daß dem Sejm, bzw. der Budgetkommission das Programm der Budgetreduktion vorgelegt werden konnte. Die Sozialisten verlangen z. B., daß die Reduktion der Gehälter für die Beamten nur für drei Monate Gültigkeit haben soll, und daß dann wieder die Gehaltsskala in Kraft treten soll, die vor dem 1. Januar bestanden habe und daß dann gleichzeitig wieder der Teuerungsmultiplikator in Wirkung treten soll. Die Sozialisten bestehen um so mehr auf dieser Forderung, als sie ihren Eintritt in die Regierung von dieser Abmachung in diesem Sinne abhängig gemacht hatten. Finanzminister Zdziechowski dagegen hält es für nötig, die Reduktion der Beamtengehälter und die Abschaffung des Multiplikators für das ganze Jahr festzuhalten. Ob der Minister überhaupt imstande sein wird, die für sein Budget aufgestellten Zahlen zu verwirklichen, hängt zudem gänzlich von der Preisbildung ab.

Zu den weiteren Fragen, die die Meinungen innerhalb der Regierung trennen, gehören vor allen Dingen die Anträge zur Herabsetzung der Ausgaben für das Militär, die Rückkehr des Marschalls Piłsudski in die Armee und die damit verbundenen Gesetze für die Verwaltung der Obersten Militärstellen, dann das von der Linken geforderte Verbot der Ausfuhr von Getreide und ähnliches mehr.

Es scheint sogar, daß die Angelegenheit der Rückkehr des Marschalls Piłsudski zur Armee nun in ein aktuelles Stadium getreten sei. Es wird erzählt, daß der Kriegsminister Żeligowski bereits zweimal beim Staatspräsidenten vorgesprochen und eine Entscheidung in dieser Angelegenheit gefordert habe. Die Gerüchte gehen sogar soweit, zu behaupten, daß nicht nur der sozialistische Minister Moraczewski, sondern auch der Kriegsminister Żeligowski mit seinem Rücktritt drohe.

Ein Oppositionsblock.

Neue Parteikonstellation.

Warschau, 19. Januar. Einer Moskauer Meldung zufolge hat durch die Anwesenheit der polnischen Parlamentarier in Rußland das Interesse für polnische Fragen dortselbst sehr zugenommen und die Sowjetpresse beschäftigt sich in ausgiebiger Weise mit den Verhältnissen in Polen.

Unter all den von der russischen Presse veröffentlichten Nachrichten verdient eine Meldung aus Warschau besondere Beachtung. Sie besagt, daß sich die kommunistische Sejmfraktion an die Wyzwoleniegruppe, die Unabhängige Bauernpartei (Bryl-Gruppe), den weißrussischen und den ukrainischen Klub sowie an andere Sejmparteien mit dem Vorschlage gewandt haben soll, einen allgemeinen Oppositionsblock mit einem Minimalprogramm auf der Grundlage des Sejms zu schaffen. Die Sowjetblätter geben hierbei ausführlich den Inhalt dieses Vorschlages sowie die Bedingungen des etwaigen Linksblocks wieder, der die Niederringung der gegenwärtigen Regierungskoalition zum Zweck haben soll.

Das Programm des zu schaffenden Blocks enthält die Forderung auf entschädigungslose Einziehung des Bodens zugunsten der Bauernschaft, Verteidigung der sozialen Errungenschaften der Arbeiter, Erweiterung der regierungsseitigen Arbeitslosenhilfe bis auf ein lebensnotwendiges Minimum, Befreiung der arbeitenden Massen von den Steuerlasten und Abwälzung dieser Steuerpflichten auf die besitzenden Schichten usw. Auf politischem Gebiete soll die Verwirklichung der in der Verfassung vorgesehenen politischen Freiheiten, die Freilassung der politischen Gefangenen (nach kommunistischen Berechnungen soll die Zahl derselben zurzeit 6000 betragen), gefordert werden; ferner soll gegen den Ausverkauf Polens an die „raubgierigen englisch-amerikanischen Kapitalisten" angekämpft und nicht zugelassen werden, daß sich Polen einem gegen die Sowjets gerichteten Staatenblock anschließt. Schließlich soll von der polnischen Regierung in entschiedener Form der schleunigste Abschluß eines Handelsvertrages mit den Sowjets gefordert werden.

Kommunismus.

Warschau, 19. Januar. Wie aus Lomza gemeldet wird, hatte die dortige politische Polizei nach längerer Beobachtung das Bestehen einer gefährlichen umstürzlerischen Organisation festgestellt, die in der ganzen Umgegend über Zweigstellen verfügt. Die weiteren Ermittelungen ergaben, daß es sich hier um ein Bezirkskomitee der kommunistischen Partei handelt. Gestern nun nahm die Polizei in der ganzen Stadt Haussuchungen vor, wobei es sich herausstellte, daß dieser Organisation einige hundert Einwohner der Stadt Lomza angehören. Man entdeckte ein riesiges Lager kommunistischer Druckschriften, Instruktionen des Hauptkomitees usw. Als Ergebnis der Haussuchungen wurden einige hundert Personen aufgegriffen, von denen man in der Folge 100 verhaftete. Auf Anordnung des Unterstaatsanwalts Krzywiec und des Untersuchungsrichters Głowacki wurden die Verhafteten im Lomzaer Gefängnis interniert.

Die Staatseinnahmen im vergangenen Jahre.

Warschau, 20. Januar. Die im vergangenen Jahre eingelaufenen Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben und Monopolen betrugen 1 332 000 000 Złoty, und zwar entfallen davon auf die Einnahmen aus den Abgaben 940,6 Millionen Złoty, die Einnahmen aus den Monopolen 392,4 Millionen. Die direkten Steuern ergaben 864,4 Millionen, die indirekten 115,7 Millionen. Die Zolleinnahmen betrugen 265,3 Millionen, die Einnahmen von den Stempelgebühren 113,7 Millionen, von der Vermögensabgabe 61,4 Millionen, während die Einnahmen aus der Vermögensabgabe im Jahre 1924 199 Millionen Złoty betrugen. Die Einnahmen aus dem Tabakmonopol betrugen 182,6 Millionen, aus dem Spiritusmonopol 171 Millionen, aus dem Salzmonopol 32 Millionen, aus den übrigen Monopolen 7,6 Millionen.

Der neue französische Botschafter in Warschau.

Paris, 20. Januar. Der Wechsel auf dem Warschauer Botschafterposten wird bestätigt. Der politische Direktor des Auswärtigen Amtes, Laroche, ist zum französischen Botschafter in Warschau ernannt worden.

Mißbrauch.

Eine Untersuchungskommission.

Warschau, 20. Januar. Wie bereits gemeldet, hielt in der Budgetkommission des Sejm der frühere Finanzminister Michalski über die Verwaltung des Kriegsministeriums eine aufsehenerregende Rede. Er stellt fest, daß im Jahre 1924 das Kriegsministerium 44 Prozent der Ausgaben des Landes gefordert, im Jahre 1925 = 36 Prozent. Nun aber arbeiten in Polen die Regierungsunternehmungen mit Verlust, und sie erhalten aus dem Staatsschatz Zuschüsse. So kommt es, daß alle Staatsausgaben in Polen ausschließlich aus den Steuerabgaben der Bevölkerung bestritten werden, und von diesen Steuerergebnissen werden 55 bis 60 Prozent allein zur Unterhaltung des Heeres verwandt. Die Bureaukratie in den Regimentern und Kompagnien hat unerhörte Formen angenommen, und so kommt es, daß die Zahl der ausgebildeten Soldaten und die Zeit, die für die Ausbildung in Polen zur Verfügung steht, außerordentlich klein bemessen ist.

Interessant sind die Mitteilungen, die Michalski über die eigentümliche Art der Armeeversorgung gemacht hat. So hat ein Oberstleutnant, Niewiadomski, von einer Firma in Lodz dieselbe Partie Getreide nicht weniger als dreimal angekauft. Niewiadomski wurde nicht zur Verantwortung gezogen, da man ihn für verrückt erklärte. Von der Firma „Produkt" wurden in großen Mengen Fleischkonserven angekauft, aber pro Büchse um einen Złoty teurer, als andere Firmen sie anboten. An dieser einen Bestellung verlor der Staatsschatz 635000 Złoty. Die Firma „Zrzeszenie", an deren Spitze der Militärprokurator Ganczarski steht, hielt ihre Verträge nicht ein und zog unberechtigterweise Geld ein. Aber die Militärgerichte zogen den Schuldigen nicht zur Verantwortung, da Ganczarski hohe Protektionen hatte. Die Waffenfabrik „Arma" in Lemberg liefert zu ungewöhnlich hohen Preisen, aber an der Spitze dieser Unternehmung steht ein General, nämlich der General Rozwadowski, der also die Verträge mit der eigenen Regierung abschließt. Die Kriegsmaterialfabrik „Pocisk" hat den Vorzug, daß sie neben außerordentlich schlechten Fabrikaten für die Armee noch 100 Prozent teurere Preise nimmt wie die ausländischen Fabriken. Die Regierung hat außerordentlich umfangreiche Verträge mit der „Pocisk" abgeschlossen. Der Betrag, um den es sich bei diesen Verträgen handelt, beläuft sich jährlich um einige Dutzend Millionen, und ähnlich steht es mit den Verträgen von Starachowice.

Der Abgeordnete Poniatowski lenkte die Aufmerksamkeit darauf, daß die Beamten, die die Verträge mit der „Pocisk" abgeschlossen hätten, zur Verantwortung gezogen werden müßten. Aber was solle man sagen, wenn man hört, daß gerade die, die derartige Verträge im Namen der Regierung abschlossen, wie der frühere Vizeminister General Michaelis, zur „Pocisk" übergingen, mit der sie die Verträge abgeschlossen haben. Die Budgetkommission wählte eine besondere Unterkommission, die unter Teilnahme von Vertretern des Militärkontrolleurkorps diese Mißbräuche untersuchen und die Anträge zu ihrer Entfernung stellen soll.

Die Abgeordneten in Rußland.

Siebentausend Stiefel.

Der „Ilustr. Kurjer Codz." schreibt:

„Der Ausflug einer Gruppe von Sejmabgeordneten der bäuerlichen Linken nach Rußland nimmt immer mehr den Charakter einer skandalösen Affäre an. Es gab feierliche Begrüßungen, Reden und Festtafeln. Es werden Ordensverleihungen und Truppenbesichtigungen vorgenommen. Zur Abwechslung aber haben wir jetzt Unterredungen, die von unseren Ausflüglern der Sowjetpresse gewährt werden. So eie Unterredung scheint eine sehr komplizierte Sache zu sein. Es scheint schwer, zu entscheiden, was man in so einer Unterredung sagen könnte. Der Abg. Fiderkiewicz hat mit einem Streich die Frage gelöst. Allerdings nicht mit dem Schwerte, sondern mit der Zunge. **Seiner Meinung nach befindet sich Polen am Rande des Abgrundes, und keine Auslandsanleihe werde die Lage retten.** Polen stehe vor einer sozialen Revolution. Die Bauern strebten nach einer Änderung des sozialen Systems, weil sie nur dann die **Durchführung der Agrarreform erlangen würden.** So sprach der polnische Sejmabgeordnete Fiderkiewicz zur Sowjetpresse. **Die Sache ist erheblich ernster als sie scheinen könnte.** Alles das übersteigt das zulässige Maß. Parlamentarische Ausflüge sind üblich, ohne Rücksicht darauf, welche Abgeordnetengruppe den Ausflug unternimmt, ob von der Mehrheit oder der Opposition; solcher Ausflug hat immer halb offiziellen Charakter. Wenn der Ausflug solchen Charakter nicht erhalten kann, dann verweigert die Regierung einfach die Ausreisepässe. So geschah es doch seinerzeit sogar im liberalen Frankreich, wo die Regierung einer bestimmten Gruppe von Abgeordneten keine Pässe zur Reise nach Rußland gab. Als die Ausflugsgesellschaft in Moskau eintraf, wurde sie zusammen mit den Sowjetbehörden auf dem Bahnhof vom völlig desorientierten Vertreter der polnischen Gesandtschaft begrüßt. Das war bedauernswert, denn durch diese Begrüßung gewann der Ausflug unnötig an Bedeutung. Die Umstände jedoch, unter denen der Ausflug organisiert wurde, ließ vom ersten Augenblick keinen Zweifel darüber, daß es eine skandalöse Affäre sein werde. Die Ausflügler teilten der Presse mit, daß sie eine Konferenz mit dem polnischen Außenminister abhalten hätten, und suggerierten so den Gedanken daß sie im Einvernehmen mit dem Minister Skrzyński reisten. Dieser aber hat sie gar nicht empfangen.

Darauf bat der Hauptorganisator, Abg. Hellman, seine Kollegen zum Sejmmarschall Rataj. Als sie zum Marschall kamen, zeigte sich, daß dieser ihnen nichts zu sagen hatte. Der Abg. Hellman begab sich dann zum Sowjetgesandten in Warschau, Herrn Wojkow, der ihn mit offenen Armen aufnahm. Er begann nun über die Not in Polen zu klagen und fand natürlich in Herrn Wojkow einen dankbaren Hörer. Der Abg. Hellman beging übrigens, vom sowjetischen Gesichtspunkt aus betrachtet, eine gewisse Ungeschicklichkeit, denn er fragte, ob er seinen Wählern sagen könne, daß die Sowjetregierung die während des Krieges nach Rußland transportierten Bankersparnisse zurückgeben werde. Auf diese unangenehme Frage fühlte sich Herr Wojkow genötigt, absagend zu antworten, denn die Sowjets pflegen nicht wiederzugeben, was sie geraubt haben. Aber der Abg. Hellman bat so sehr um Unterstützung für die polnische Not, daß Herr Wojkow beschloß, etwas zu tun. **Er versprach, daß er sich für die Wähler um die Bestellung von 7000 Paar Stiefel bemühen werde.** Für diese Bestellung verspricht sich Herr Wojkow natürlich einige Hundert von Agitatoren zu kaufen. Man konnte sich der Täuschung hingeben, daß die Ausflügler irgendwie für eine polnisch-sowjetische Annäherung wirken werden. **Sie haben einen ganz anderen Weg gewählt.** Der Abg. Fiderkiewicz setzte der Sowjetpresse auseinander, **daß Polen bald ganz für einen bolschewistische Aktion reif geworden sei.** Was werden die Herren Abgeordneten nach ihrer Rückkehr aus Rußland ihren Wählern in Polen sagen? Doch wohl, daß die Erlösung vom Osten kommen werde. Wir haben es mit einer skandalösen Affäre zu tun, die schwerlich in der Geschichte des Parlamentarismus anzutreffen ist. Der Sejm kann diesen Ausflug nicht mit seinem Ansehen decken. Aber der Fehler ist nun mal gemacht worden, daß man sie reisen ließ. Man muß die Teilnehmer in der öffentlichen Meinung brandmarken. Die öffentliche Meinung muß genau über die Rolle aufgeklärt werden, die die Herren Abgeordneten in Rußland gespielt haben, damit sie sich auf Versammlungen, in denen die Ausflügler über ihre Expedition Bericht erstatten werden, sich ihnen entgegenstellen kann."

*

Die Kritik des Krakauer Blattes, das selbst sehr weit links steht, richtet sich hier ganz deutlich gegen einige Abgeordnete der Delegation, insbesondere auch Bryl, der mit seinen Plänen zur Agrarreform auf bolschewistischem Boden steht. Die Kritik, das geht aus ihr klar hervor, richtet sich nicht gegen alle Delegierte. Ein großer Teil derselben hat die Befugnisse nicht überschritten. Im übrigen soll die Frage nicht geprüft werden, ob die angegriffenen Teilnehmer wirklich ihre Kompetenzen überschritten haben. Die Minderheitenführer, die auch in Rußland sind, um die Minderheitenfrage zu studieren, haben gezeigt, daß sie ihre Aufgaben und ihre Bewegungsmöglichkeiten durchaus kennen und sich auch in den Grenzen halten, die mit Propaganda nichts zu tun haben. Eine Tatsache, die wieder einmal zeigt, wie das bisher immer der Fall war, daß nicht die Minderheiten die „staatsfeindliche Propaganda" treiben, wie das immer wieder behauptet wird, sondern daß alle die Propagandafragen aus den polnischen Herzen emporkommen, die sonst nicht genug bezeugen können, wie reine und schöne Patrioten sie sind. Auch unsere Rechtsradikalen haben diese Wahrheit schon oft vor der Welt bewiesen, weil sie darin ja eine in Jahrzehnten geübte Erfahrung besitzen.

Die deutsche Schule.

Die deutsche Schule im ehemals preußischen Teilgebiet Polens. Von Paul Dobbermann. Verlag der Historischen Gesellschaft. Posen, ul Zwierzyniecka 1. 178 Seiten, Preis 8 zł.

Für das Studium der völkischen Minderheiten ist das Unternehmen der Historischen Gesellschaft in Posen ungemein verdienstvoll, das gegenwärtige Deutschtum in Polen in seiner geistigen und wirtschaftlichen Struktur in Sonderabhandlungen zu betrachten. Von den bereits erschienenen Heften einer Schriftenfolge seien hervorgehoben: Heimat und Jugend. Vom Deutschtum in Kongreßpolen. Volkstum und Bildungspflege. Die deutsche Landwirtschaft in Polen. Der Protestantismus in Polen. Die jetzt vorliegende Broschüre von Dobbermann schildert den Leidensweg, den die deutsche Schule seit 1919 in Polen gegangen ist. Ein erschütterndes Bild von dem Niedergange dieses deutschen Kulturgutes steigt bei der Durchsicht der Blätter auf, wenn man liest, wie dem Deutschtum seine Schulhäuser genommen, wie Schulgemeinden aufgelöst werden, wie um den verfassungsmäßigen Religionsunterricht, um den bescheidenen Teil Muttersprachunterricht, der im Lehrplan noch Platz hat, gerungen wird, welchem Druck der deutsche Lehrer ausgesetzt ist. Und das alles unter dem Schutze des Minderheitsvertrages und der Verfassung von Amts und Rechts wegen! Immer und immer wieder lesen wir von Klagen und Interpellationen, die die deutschen Abgeordneten im Parlament in Warschau vorbringen, wie sie von sich aus Vorschläge machen, um den Beschwerden abzuhelfen. **Alles, alles vergeblich!**

Die statistischen Angaben **über die Zahl der Schulen** und Schüler werden teilweise überholt, im einzelnen auch nicht immer stichfest sein, da es bei den scharfen amtlichen Verboten an die Schulen, Mitteilungen zu machen, sehr schwer ist, völlig einwandfreies Material zu erhalten; sie sind darum im ganzen zu werten, ergeben aber besonders für Pommerellen ein schmerzliches Bild. Zu bedauern ist der Mangel eines Nachweises der noch bestehenden und der im Laufe der letzten Jahre aufgelösten deutschen Staatsschulen. Teilweise tritt der Ich-Stil des Verfassers etwas stark hervor, dadurch wird die Betrachtung zu subjektiv gefärbt und die objektive allgemeine Schlußfolgerung eingeengt.

Was eigene Kraft des Deutschtums auch unter schwierigen Verhältnissen noch vermag, zeigt der Nachweis der errichteten deutschen Privatschulen. Der Anhang der bestehenden Gesetze und einschlägigen Bestimmungen, wie der Interpellationen und ergangenen Gerichtsentscheidungen in Streitfällen wird jedem Interessenten willkommen sein. Und wer ist nicht Interessent am deutschen Schulwesen? Jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau in Polen. Darum gehört das Büchlein in jede Familie. Wird der deutschen Schule in Polen nach dem Leidenswege ein Ostermorgen kommen?

g.

Gefängnis für einen deutschen Redakteur.

Die „Kattowitzer Zeitung" meldet:

Wegen Vergehens gegen § 186 des Strafgesetzbuches war der verantwortliche Redakteur der „Kattowitzer Zeitung", Wilhelm Schittko, angeklagt. In der Nr. 161 vom 18. 7. 1925 war ein Artikel unter dem Titel: „Von Wasser und Seife" eingerückt, aus dessen Inhalt eine Beleidigung und Verleumdung des Appellationsgerichtspräsidenten Bocheński herausgelesen wurde. Das Bezirksgericht verurteilte den Angeklagten Schittko zu einem Monat Gefängnis.

Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Revision beim Appellationsgericht ein. Am Dienstag, dem 19. d. Mts., kam es zur Verhandlung, wo unser Verantwortliche leider kein Glück hatte. Die letzte Berufungsinstanz, der Straffenat des Appellationsgerichts, verwarf die Revision und bestätigte das Urteil der ersten Instanz.

Republik Polen.

Konsulatspläne.

Der „Kurjer Polski" beschäftigt sich in seiner Wirtschaftszeitung mit dem Verhältnis der Haushaltsreduktion zum Konsularnetz Polens. Er geht davon aus, daß die Haushaltsreduktion nicht auf die Gebiete erstreckt werden dürfe, wo sie nicht geboten sei. Dazu zählt das Blatt das Konsularnetz Polens, für dessen Erweiterung es im weiteren Verlauf seiner Ausführungen eintritt. Polen habe z. B. kein Konsulat in Transvaal, wo doch ein Konsulat in Johannisburg als der Hauptstadt dieses reichen Landes Gewinn brächte. Dort lebten viele Juden, frühere russische Untertanen, die Familienbeziehungen zu Polen haben. Polen habe ferner kein Konsulat in Ägypten, das ein Bindeglied zwischen Afrika und Asien ist. Die Bielitzer Industrie schicke bestimmte Sorten ihrer Erzeugnisse nach Ägypten, und die Lodzer Industrie könnte ebenfalls bestimmte Positionen auf dem ägyptischen Markte gewinnen. In Konstantinopel, der wirtschaftlichen Hauptstadt der Türkei, müßte Polen ebenfalls ein Konsulat einrichten. Zum Schluß spricht der „Kurjer Polski" von den wirtschaftlichen Beziehungen zu Rumänien und bringt zur wirtschaftlichen Fühlungsnahme mit der Provinz Siebenbürgen die Schaffung einer Konsulatsstelle dortselbst in Vorschlag. Alle die vorgeschlagenen Konsulate würden indirekt zur Vergrößerung der Ausfuhr und des Einflusses im Auslande beitragen. Da die Berichte aus Deutschland, Rumänien, der Schweiz, Mährisch-Ostrau usw. theoretische und praktische Wirtschaftsbedeutung besäßen, müsse man bei jeglichen Haushaltsreduktionen eine entsprechende Summe für die Konsulatsberichte einstellen. Wir sehen, daß auch der „Kurjer Polski" mit seinen Konsulatsplänen den Fehler macht, in die Ferne zu schweifen, anstatt an das Näherliegende zu denken und die nächstnachbarlichen Beziehungen regeln zu helfen.

Um die Hochschulen.

Das Sparkomitee der Delegierten des Finanzministeriums hat noch keine Entscheidung in der Angelegenheit der Hochschulen in Polen getroffen. Es liegen zwar bestimmte Anträge vor, die jedoch erst nach Prüfung durch maßgebende Kreise vom Komitee selbst erörtert werden können, um dann dem Ministerium vorgelegt zu werden.

Die Agrarreform.

Der Agrarreformminister hat dan Landamtspräsidenten Borizewski nach Warschau berufen. Diese Maßnahme wird dahin ausgelegt, daß sie mit dem Beginn der Aufteilung des diesjährigen Kontingents der zur Parzellierung bestimmten Güter im Zusammenhang steht.

Die Sparkommission.

In der gestrigen Sitzung der außerordentlichen Sparkommission berichtete Unterstaatssekretär Studziński über die Durchführung des in den Jahren 1920 und 1921 ausgearbeiteten Entwurfs über die Organisation der Ämter. Nach dem Referat beschloß die Kommission, bei der Erörterung der aktuellen Projekte eventuell auf die Angelegenheit zurückzugreifen. Der Unterstaatssekretär Markowski unterrichtete dann die Kommission über die Ergebnisse der Arbeiten der Sonderkommission für die Umgestaltung des Kassenwesens, wobei er über die Hauptgrundsätze der Bearbeitung entsprechender Kommissionsanträge Auskunft erteilte.

Das reduzierte Budget.

In der heutigen Sitzung des Ministerrates wird Finanzminister Zdziechowski das reduzierte Budget für das Jahr 1926 vorlegen. Gerüchten zufolge schließt der diesjährige Voranschlag mit der Summe von 1650 Millionen. Das Budget des Kriegsministeriums soll um 40 Prozent herabgesetzt worden sein. Große Schwierigkeiten erwartet man in der Frage der Beamtengehälter.

Die Piasten.

Am 29. Januar wird eine Sitzung des Hauptvorstandes der „Piasten" stattfinden, für die Referate der Abgeordneten Witos, Dębski und Bobek vorgesehen sind. Wie die „Rzeczpospolita" erfährt, wird sich der Vorstand in dieser Sitzung mit der Frage der polnisch-tschechischen Wirtschaftsunion befassen.

Ein Protest.

Die „Rzeczpospolita" schreibt, daß seit einigen Tagen in der Warschauer und der Provinzpresse das Gerücht kreise, daß die höchsten Staatsfaktoren die Erledigung der Angelegenheit des Generalinspektorates des polnischen Heeres durch einen Erlaß des Staatspräsidenten erwägen. Das Blatt erfährt aus Sejmkreisen, daß eine Reihe von Parteien auf eine solche Regelung der Frage niemals eingehen würde. Man will dem Sejmmarschall Rataj davon Mitteilung machen und ihn bitten, die entscheidenden Faktoren auf den Protest hinzuweisen.

Die polnischen Arbeiter für Deutschland.

Warschau, 21. Januar. (A. W.) **Vorgestern fand ein Notenaustausch zwischen dem Vertreter Polens, Dr. Prądzyński, und dem Vertreter der deutschen Regierung,** Geheimrat Dr. Zechlin, **über die Bestätigung des am 12. d. Mts.** abgeschlossenen **provisorischen Vertrages über die Saisonauswanderung polnischer Arbeiter nach Deutschland statt.** Die Angelegenheit mußte mit Rücksicht darauf, daß bald die landwirtschaftlichen Arbeiten in Deutschland beginnen, beschleunigt werden. Im Vertrag ist eingeräumt, daß die Arbeiter kostenfreie Pässe genießen, vom deutschen Visum befreit und in Bezahlung und Arbeit mit den deutschen Arbeitern gleich sein werden.

Das Auge des Râ.

Roman von Edmund Sabott.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Also trug es sich zu im Jahre 1798, als der General Bonaparte Krieg führte gegen die Muselmanen am Nil:

Nach der großen Schlacht an den Pyramiden wurde ich mit zwanzig Mann als Vorhut in ein befestigtes Lager geschickt, das mitten zwischen Tempeltrümmern und Felsen lag. Muselmanen waren bei uns, welche uns erzählten, daß große Schätze verborgen seien unter den Trümmern, daß aber niemand wagen dürfe, sich ihrer zu bemächtigen, denn gewaltige Gottheiten schützten die Trümmer und die Gräber. Viele glaubten daran, aber zwei Korporale und ich machten täglich den weiten Weg, um die Felsen und Trümmer abzusuchen und zu erforschen, ob Schätze dort verborgen seien. Während vieler Tage fanden wir nichts, bis der Korporal Dumanier unter Geröll und Steinen eine Treppe entdeckte, die in die Tiefe führte. Wir gruben und sprengten zehn Tage lang und gaben acht, daß unsere Gefährten nichts von unserer Arbeit erführen. Nur einer der Muselmanen, die bei uns waren, entdeckte uns. Er galt als Weiser unter den Leuten seines Glaubens und genoß Verehrung, wie sie einem Priester bei uns zuteil wird. Er warnte uns vor der Strafe der Götter. Wir aber verlachten ihn. Wir drangen weiter vor und gelangten an eine große hölzerne Tür, die verziert war mit kunstvollen kupfernen Beschlägen, und da kein Schloß daran war, sie zu öffnen, taten wir Pulver in die Spalten und zersprengten die Pforte. Wir gelangten in ein schmales Gewölbe, in welchem es dunkel war. Der Muselmane wollte fliehen, aber wir hielten ihn fest, damit er uns nicht verriete. Er mußte uns helfen, Geröll beiseite zu räumen, und mußte die Fackel tragen. Wir verabredeten untereinander, ihn zu töten, wenn es uns gelänge, Schätze zu finden. Nun ging alles ganz leicht und schnell. Zwei andere Türen sprengten wir noch mit Pulver auf, dann befanden wir uns in einem großen, viereckigen Gemach, in dem ein Sarkophag stand aus weißem Stein. Goldene Schalen, goldene Krüge und Waffen lagen umher auf niedrigen Steintischen, und an die Wände waren Figuren und viele geheimnisvolle Zeichen gemalt worden. Der Muselmane heulte und schrie. Er wollte entfliehen, aber wir holten ihn wieder ein und zwangen ihn, uns zu leuchten. In unsere Mäntel rafften wir vieles ein, und plötzlich gewahrte ich, daß zu Häupten des Sarkophages ein goldenes Bildnis stand. Das war ein Mann, der die Hände über der Brust gekreuzt hielt und ein einziges Auge in der Stirn trug. Das Auge aber ward gebildet von einem großen, edlen Stein. Ich wollte das Bildnis zerbrechen und mit mir nehmen, da es mir mehr wert erschien, als alle anderen Kleinodien zusammen, aber ich vermochte nicht, es von seinem Sockel zu lösen. So brach ich ihm das Auge aus der Stirn. Da war ein Gepolter und Getöse in dem Gange, welchen wir gekommen waren; uns alle packte Entsetzen und Furcht. Wir griffen unsere Bündel vom Boden auf und entflohen. Aber da war kein Weg mehr zu finden. Die Fackel erlosch, und wir tappten im Dunkeln umher an den Felswänden, die unsere Hände blutig rissen. Der Muselman heulte und betete. Wir räumten Felstrümmer beiseite und erwogen, daß Steine, die wir durch unsere Sprengung gelöst hatten, herabgefallen seien und uns den Weg versperrten. Viele Stunden mußten wir arbeiten, ehe wir Licht sahen. Wir waren dem Verdursten nahe, und der Muselman schrie, daß wir alle sterben müßten. Als wir eine Öffnung geschaffen hatten, durch die wir uns ins Freie winden konnten, suchten wir alle unsere Kleinodien zusammen. Vieles hatten wir im Dunkel verloren, und der Korporal Dumanier wollte noch einmal zurück; da stürzten von neuem Felsstücke von der Decke herab und begruben den Muselman. Er wimmerte kläglich. Wir holten ihn hervor, wischten ihm das Blut von der Brust und vom Kopf. Er wollte sterben und sah mich und meine Gefährten an: „Ich bin nur der erste," sagte er, „Euch alle wird Strafe treffen, Dich und Dich und Dich!" Er packte mich an die Brust: „Du hast das Auge des Râ geraubt, des großen Gottes. Sein Fluch wird Dich treffen. Wie eine Pflanze unter heißester Sonne wirst Du aufblühen, herrlich und prächtig und schnell, aber Du wirst ebenso schnell zurücksinken in die Nacht, wirst verdorren, wenn Deine Blüte sich am herrlichsten entfaltet hat, wirst jenen folgen, die von Dir an Deinem schnellen Gedeihen gestorben sind."

Solche Worte sprach der weise Muselman. Er begann zu röcheln, und als ich mich umwandte, erschoß ihn der Korporal Dumanier mit seinem Pistol. Wir gingen zurück ins Lager, und wahrlich: nicht lange blieb die Prophezeiung unerfüllt. Wir folgten dem Obergeneral nach Syrien. Vor Akka fiel der Korporal Capelle, in Jafa starb der Korporal Dumanier an der Pest. An mir aber erfüllte sich alles: Ich hatte das große Glück, von dem General Bonaparte auf der „Muiron" mit hinüber genommen zu werden in die Heimat. Als Leutnant kam ich nach Paris zurück, als Kapitän ging ich nach Italien, als Oberst kämpfte ich bei Marengo, Brigadegeneral war ich, als der Krieg siegreich beendet war. Als Graf von Valette kommandierte ich eine Division bei Austerlitz. Als Chef des Armeestabes brachte ich den König Joseph zurück in seine Hauptstadt Madrid. Als Führer einer Armee ging ich nach Rußland. Die Sonne des Ruhmes, der Ehre und des Glanzes stand über meinem Scheitel. Wohl war meine Frau, meine geliebte Frau gestorben plötzlich in der Oper an jenem Abend, als ich mich zum ersten Mal als Graf von Valette sehen ließ. Wohl war Colombier gefallen in der Schlacht bei Wagram, mein bester, geliebtester Freund. Aber auf dem Wege nach Rußland ritt neben mir als mein Adjutant mein Stolz, mein Glück, mein Sohn. Über meinem Scheitel stand die Sonne. Am Degenknauf glänzte mir der Stein, das Auge des Gottes, den sie Râ nennen.

In der Schlacht von Smolensk, der blutigsten, die meine Augen je sahen, wurde ich Fürst von Cardona, Marschall von Frankreich, gewann die höchste Ehre und verlor meinen Sohn.

Möge die russische Erde ihm leicht sein!

(Fortsetzung folgt.)

Der Appell Hindenburgs.

Die entscheidende Ansprache.

Amtlich wird gemeldet:

„Der Herr Reichspräsident hat heute nachmittag 6 Uhr die Vertreter der für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien empfangen. Für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abg. Leicht, für die Demokraten die Abgeordneten Koch, Dr. Haas und Erkelenz. Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende

Erklärung

ab:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und schweren, dankenswerten Arbeit des Herrn Abgeordneten Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar wenig tragfähige, aber immerhin noch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch diese Lösung scheitern, so würde damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Wochen, eine parlamentarische Regierung zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund dieser bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre restlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrisis beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird."

Im Anschluß hieran dankte der Reichspräsident dem Abg. Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung. Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, um den Vorschlag des Reichskanzlers zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien entgegenzunehmen.

Vor der Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Luther nimmt im Laufe des heutigen Tages Gelegenheit, die neuen Minister einzeln zu empfangen, um mit ihnen die Programmerklärung der neuen Reichsregierung zu besprechen. Diese Regierungserklärung wird voraussichtlich am Montag mittag vor dem Reichstag abgegeben werden. Die erste Kabinettssitzung der neuen Reichsregierung ist auf Donnerstag abend einberufen worden. In dieser Kabinettsberatung werden die Reichsminister zu der von Dr. Luther in Aussicht genommenen Programmerklärung Stellung zu nehmen haben. Morgen will Dr. Luther sein Kabinett auch dem Reichspräsidenten vorstellen. Wie wir hören, beabsichtigt Dr. Luther, vom Reichstag eine Billigungsformel für die Regierungserklärung zu fordern; er hofft, in dieser Form die Zustimmung des Parlaments zu seinem Kabinett zu erreichen. Ein Vertrauensvotum könnte lediglich auf die Unterstützung der Mittelparteien gestützt werden, wobei allerdings die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten würden. Die Abstimmung über die Billigungserklärung wird für Donnerstag erwartet. Übrigens sei noch bemerkt, daß der immerhin späte Termin, der für die Regierungserklärung in Aussicht genommen ist, darin seine Erklärung findet, daß Reichsfinanzminister Dr. Reinhold vorerst noch seine bisherige Tätigkeit als sächsischer Finanzminister abwickeln muß.

Der Reichstag.

Im Reichstage ist heute nach den letzten aufregenden Tagen eine gewisse Entspannung eingetreten. Verschiedene Fraktionen hielten heute vormittag Sitzungen ab, in denen sie sich mit den laufenden Geschäften befaßten. Die Zentrumsfraktion tagte nur kurze Zeit. Es wurde dort auch die Frage der Besetzung des Reichsernährungsministeriums gestreift. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, beabsichtigt man, dem Zentrumsabgeordneten Dr. Perlitius den Posten des Reichsernährungsministers anzubieten. Dr. Perlitius gehört erst seit den Maiwahlen von 1924 dem Reichstag als Abgeordneter an. Er ist Landwirtschaftslehrer in Schlesien und war im Sommer vorigen Jahres der Vorsitzende des handelspolitischen Ausschusses, in dem die Zollvorlage beraten wurde. Dr. Perlitius gilt als ruhiger und besonnener Mann.

Der neue Reichsinnenminister Dr. Külz ist heute vormittag in Berlin eingetroffen und hat sich vom Reichskanzlerpalais aus nach der Unterredung mit Dr. Luther in den Reichstag begeben. Dr. Külz wird heute nachmittag oder abends nach Dresden zurückkehren, um dort die Angelegenheiten als Bürgermeister zu ordnen. Nach seiner Rückkehr am Donnerstag wird der neue Reichsinnenminister dann auch offiziell sein Amt antreten und die Leitung des Reichsinnenministeriums übernehmen. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wird voraussichtlich erst am Freitag in der Lage sein, sein Amt zu übernehmen, da er am morgigen Donnerstag im sächsischen Landtag noch die Etatsrede als sächsischer Finanzminister halten muß.

Der Reichstag tritt heute nachmittag 3 Uhr zu seiner Plenarsitzung zusammen. Er wird in den nächsten Tagen voraussichtlich den vorliegenden Beratungsstoff aufzuarbeiten versuchen.

Französische Stimmen zur deutschen Kabinettsbildung.

Paris, 21. Januar. (R.) Die heutige Morgenpresse beurteilt die Bildung des neuen Kabinetts Luther zurückhaltend.

„**Petit Journal**" schreibt: Die Neubildung ändere nicht viel an der Stellung Luthers und Stresemanns. Da das Reich jetzt von einem Ministerium ohne Mehrheit regiert werde, da es nötig habe, von einer Debatte zur anderen gelegentliche Mehrheiten zu suchen, sei dies im Grunde genommen eine halbe Diktatur, die mehr oder weniger geschickt verborgen werde.

„Oeuvre" vertritt den Standpunkt, daß anscheinend das neue Kabinett demokratischer sei als das vorangegangene. Es müsse Schaukelpolitik treiben und für innere Fragen an die Nationalisten appellieren, denen übrigens Luther sehr nahe stehe.

Der radikale „**Quotidien**" führt aus: So entschlossen der Reichskanzler sei, die äußere Politik, die er an der Seite des Reichsaußenministers treibe, trage dazu bei, daß der Geist von Locarno auf die Dauer zermürbt werde, wenn der Reichskanzler fortfahre, die Deutschnationalen zuerst der Regierungsmehrheit gefügig zu machen, um sie schließlich zum Eintritt in die Regierung zu bewegen.

Der Millerandsche „**Avenir**" schreibt, die Krise in der deutschen Kabinettsbildung sei eine Krise des Parlamentarismus, unter dem Deutschland seit 6 Jahren leidet. Solange im Reichstag die extremen Parteien sich ausgleichen, sei es unmöglich, anders zu regieren, als durch ein Kompromiß.

Die radikale „**Volonté**" sagt: Das Kabinett habe als Minderheitskabinett wenn nicht die Unterstützung, so doch die Neutralität einer der beiden großen Parteien nötig, die nicht im Kabinett vertreten seien, nämlich der Deutschnationalen oder der Sozialisten. Es würde also im Reichstag keinen leichten Stand haben.

Ein italienisches Blatt über das neue deutsche Kabinett.

Rom, 21. Januar. (R.) Der demokratische „Risorgimento" spricht seine Freude darüber aus, daß es Luther gelungen ist, ein Ministerium zu bilden. Besonders entzückt ist das Blatt davon, daß der neue Reichsminister des Innern ein Demokrat ist.

*

Berichtigung. In unserer gestrigen Meldung über die Regierungsbildung in Deutschland ist ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen. Es muß heißen: Dr. Kuelz (Demokrat), Reichs-Innenminister und Dr. Reinhold (Demokrat), Reichs-Finanzminister; nicht, wie irrtümlich bei beiden Namen angegeben wurde: Finanzminister.

Aus anderen Ländern.

Churchill kündigt eine Gesetzesvorlage betreffend Ersparnisse im Haushalt an.

London. 21. Januar. (R.) Der Schatzkanzler Churchill teilte in Leeds mit, daß eine Gesetzesvorlage betreffend Ersparnis eingebracht werden würde. Wenn die Regierung in ihrem Sparsamkeitsplan unterstützen würde, so würde das Land keine noch größeren Steuerlasten auf sich zu nehmen haben.

Lloyd George über die Zusammenarbeit der Liberalen mit anderen Parteien.

London. 21. Januar. (R.) In einer Rede in Carnarvon regte Lloyd George an, daß die Liberalen im nächsten Parlament mit jeder Parteigruppe zusammen arbeiten sollten, die es auf sich nehmen würde, ein von ihr gebilligtes Programm auch wirklich durchzuführen.

Empfang Berangers im Weißen Haus.

London, 21. Januar. (R.) Reuter berichtet aus Washington über den Besuch des französischen Botschafters im Weißen Hause, bei dem er sein Beglaubigungsschreiben überreichte; Beranger erklärte: Frankreich wisse, daß die wirtschaftliche Welt nicht ins Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn nicht alle in der Welt ihren inneren und äußeren Verpflichtungen nachkämen. Präsident Coolidge erklärte, er hoffe, daß eine Regelung der französischen Kriegsschuld bald erreicht werde. Unüberwindliche Schwierigkeiten dürften bei der Vereinbarung einer solchen Regelung nicht bestehen.

Die Radikalen und die Finanzsanierung.

Paris, 21. Januar. (R.) Der geschäftsführende Ausschuß der Radikalen Partei hat gestern abend unter dem Vorsitz Herriots eine nach eingehender Besprechung der Finanzlage aufgestellte Tagesordnung angenommen, in der die erhöhte Umsatzsteuer abgelehnt wird, da sie nicht genügend ertragsfähig sei. In der Tagesordnung werden die Finanzmaßnahmen, die der Steuerausschuß der Parteien, das Kartell der Linken ausgearbeitet hat, ausdrücklich gebilligt, da sie geeignet seien, den Budgetausschuß und die Finanzsanierung durchzuführen und die Stabilisierung des Franken zu sichern.

Kommandowechsel über die französischen Marokkotruppen.

Paris, 21. Januar. (R.) General Naulin übergibt heute das Kommando der Marokkotruppen an den an seiner Stelle zum Oberkommandierenden ernannten General Boichut.

Sozialistische Kunstpflege.

Die französische Stadt Troyes steht augenblicklich unter einer sozialistischen Stadtratsherrschaft. Ein berühmtes Baudenkmal, die Kirche zum heiligen Johannes, ist so stark beschädigt, daß sie schleunigst ausgebessert werden muß, wenn sie nicht verfallen soll. Das Ministerium für schöne Künste, dem die Sorge für die kirchlichen Baudenkmäler obliegt, hat den Stadtrat von Troyes aufgefordert, zu den Kosten beizusteuern, und dieser hat mit 17 gegen 9 Stimmen folgenden bezeichnenden Beschluß gefaßt: „Es ist als ein Ideal anzustreben, daß die Kirchen zu Ruinen verfallen (!) und daß das Volk lerne, statt ihrer die Schönheit der Natur zu betrachten!" Das Trennungsgesetz von 1905 hat die Verwaltung der kirchlichen Bauten den Gemeinden übertragen, ihnen aber auch dafür die Instandhaltung auferlegt. Der „kunstsinnige" Stadtrat von Troyes muß sich jetzt durch den Opfermut der Katholiken beschämen lassen, die durch ihre Gaben die wertvolle Kirche vor dem Untergang zu retten suchen.

Diplomatischer Empfang bei der Königin der Niederlande.

Haag, 21. Januar. (R.) Die Königin empfing gestern nachmittag im Beisein der Königinmutter und des Prinzgemahls das diplomatische Korps zu dem seinerzeit wegen der Hochwasserkatastrophe ausgesetzten Neujahrsempfang.

Amundsens neuer Nordpolflug.

Moskau 21. Januar. (R.) Der Marineattaché der italienischen Gesellschaft bei der Sowjetregierung, Kapitän Miraglia, führt in Leningrad zurzeit Verhandlungen, die der Vorbereitung eines unter Umständen geplanten Besuches des italienischen für Amundsen bestimmten Luftschiffes in Leningrad dienen. Das Luftschiff würde vor dem neuen Flug Amundsens in Leningrad Station machen.

Die russische Kunstpflege.

Moskau, 21. Januar. (R.) Der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion, Dzierszynski, beauftrage die Sonderkommission zur Wiederherstellung des Grundkapitals der Industrie bei der Ausarbeitung der Pläne zur Entwicklung der Industrie von folgenden Richtlinien auszugehen: Der wirtschaftliche Aufbau ist unter dem Gesichtspunkt zu verwirklichen, daß die Sowjetunion aus einem Lande, welches Maschinen und industrielle Einrichtungen einführt, allmählich in ein Land verwandelt wird, welches Maschinen und industrielle Einrichtungen herstellt. Insbesondere beauftragt Dzierszynski die Kommission mit einer Revision der Pläne für die Entwicklung der Metallurgie und Metallindustrie gemäß den angegebenen Grundsätzen.

2 Millionen Kilogramm Tabak verbrannt.

Eine Feuersbrunst hat in Pola eine der größten Tabakfabriken zerstört und einen Schaden angerichtet, wie er selten in einer Fabrik angerichtet werden kann. Die gesamten Tabakvorräte sind ein Opfer der Flammen geworden. Der Bestand von zwei Millionen Kilogramm Tabak ist in Schutt und Asche umgewandelt worden. Der verbrannte Tabak wird auf ungefähr 25 Millionen Lire geschätzt. Die Entstehungsursache des Brandes wird erst durch die folgende Untersuchung aufgeklärt werden.

Ein salomonisches Urteil.

Aus Chikago wird über ein salomonisches Urteil berichtet, das ein Richter in einer Schnaps-Schmuggler-Geschichte gefällt hat. Zwei Botlegger hatten sich wegen Schnapsschmuggels zu verantworten und auch die Schuld zugegeben und eingestanden. Sie wollten jedoch die äußerste Milde des Gerichts wecken und erklärten, daß sie nicht gepanschtes Getränk verkauften, sondern Getränk von vollem Gehalt und bester Qualität. Der amtierende Bundesrichter ließ sich durch diese Argumente überzeugen und hat folgendes Urteil gefällt: Er gab zu, daß der Verkauf von gutem Whisky zu anständigen Preisen einen mildernden Umstand bildet, und fügte hinzu, und die Tatsache, daß dies Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, das dieses verbietet, geschah, läßt mich nachsichtig sein. Der Richter verurteilte darauf den einen der beiden Schmuggler zu zwei Monaten Kerker und den anderen zu 200 Dollar Strafe, statt der üblichen Strafen.

In kurzen Worten.

Die vor einigen Tagen von den rumänischen Behörden verhängte Pressezensur ist wieder aufgehoben worden.

*

Bei einem Straßenbahnunglück in Ohio wurden drei Menschen getötet, 24 Personen wurden schwer verletzt.

*

In Stettin schlich sich ein Maschinist in die Stromzentrale, um sich durch Strom das Leben zu nehmen. Trotz der 40 000 Volt, die durch seinen Körper gingen, ist der Mann angeblich nur bewußtlos geworden und lebt.

*

Die seit längerer Zeit angekündigten Veränderungen innerhalb der russischen Regierung sind jetzt amtlich veröffentlicht worden.

*

In Hoppegarten überschlug sich ein mit vier Personen besetztes Auto. Die Insassen sind schwer verletzt worden.

*

In der Stadt Wien sind in den letzten Tagen nicht weniger als 10 000 Mann mit den Schneeräumungsarbeiten beschäftigt gewesen, um den Straßenverkehr aufrecht zu erhalten.

Letzte Meldungen.

Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Das „Echo de Paris" meldet, daß die Genfer Abrüstungskonferenz vom 15. Februar auf den 15. März vertagt worden ist. Zugleich verlangt Pertinax, indem er die für die ersten Februartage vorgesehene Zusammenkunft Chamberlains mit Briand bespricht, daß diese Staatsmänner die Frage der Abrüstung Deutschlands endgültig regeln, da dies später, wenn die Deutschen in Genf säßen, schwer durchzuführen wäre. Bezüglich der Teilnahme der Sowjets wird aus Moskau gemeldet, daß der Schweizer Gesandte in Berlin den Auftrag erhalten haben soll, sich in dieser Frage mit dem dortigen Sowjetvertreter zu verständigen. Die Sowjets sollen jetzt mit einer mündlichen Bedauernserklärung zur Ermordung Worowskis einverstanden sein. In unterrichteten Kreisen meint man jedoch, daß die Schweizer Regierung auf keinerlei Verständigungsform eingehen werde, da sie sich dann als schuldig betrachten würde.

Briands Daseinskampf.

Die gegenwärtige Lage der französischen Regierung ist kritisch geworden. Der Konflikt mit der Finanzkommission hat sich erheblich verschärft. Briand hofft jedoch, daß er im Senat für die Regierungsprojekte eine Mehrheit von ungefähr 280 Stimmen erlangen werde.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Nur Reste in WINTER-PALETOTS

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Pelze mit 20% Ermässigung

verkaufe, solange der Vorrat reicht.

TANI SKLEP

Inh.: Edmund Rychter, Poznań ul. Wrocławska 14-15

Tel.: 54-25, 21-71, 54-15.

Achtung! Bitte genau auf die Adresse zu achten, habe keine Filialen in Poznań noch in anderen Städten. Mit Läden ähnlicher Benennungen nicht zu verwechseln!

Pelz-Hosen u. -Westen billig.

Pelze zl 90. 110. 150. 175. 250. 350. 475 20% Ermäßigung.

Paletots zl 68. 75. 90. 130

Anzüge zl 22. 35. 42. 45. 67. 75. 120

Hosen zl 3. 6. 10. 15. 18. 25. 30

Leder-Paletots und -Joppen billig.

Stoffe u. Reste zu Spottpreisen! Zum Verkauf gelangen nur erstkl. Qualitäten.

Verkaufe deshalb billig, weil ich Geld und Raum gebrauche für Frühjahrswaren.



Weine und Spirituosen

Karol Ribbeck

Inhaber: ALEKSY LISSOWSKI

Telephon 3278 POZNAN Pocztowa 23

Gegründet 1876.

Am 20. Januar 1926 entschlief sanft mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der

Bahn-Spediteur

Hans Technau

im 37. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Maria Technau, geb. Brandenburger.

Wąbrzeźno, den 20. Januar 1926.

Beerdigung: Montag, den 25. Januar 1926.

Spielplan des „Teatr Wielki".

Donnerstag,	den 21. 1.	„Tosca".
Freitag,	den 22. 1.	„Carmen".
Sonnabend,	den 23. 1.	„Mignon".
Sonntag,	den 24. 1. 3 Uhr	„Die lustigen Weiber von Windsor" (Preise ermäßigt)
Sonntag,	den 24. 1. abends 7½ Uhr	„Der Evangelimann" (zum 8. Male).
Montag,	den 25. 1.	„Die Puppe" (zum 9. Male).

Teatr Pałacowy, Poznań, pl. Wolności 6.

„Chrysanthemen".

Der ganze Film — 12 Akte, wird gleichzeitig vorgeführt, mit dem anmutigen Filmstern **Wiera Cholodnaja**, bekannt aus dem Film „**Am Kamin**", sowie unter Mitwirkung von O. Runcz und W. Maksimow. Zu diesem Bilde ist die Musik und der Gesang in Aufführung bekannter Künstler Warschauer Bühnen angepaßt.

Günstige Gelegenheit f. Fahrradhändler!

Parallel-Schraubstock, 140 mm Backenbreite, mit Werkbank, fast **sämtliches Handwerkszeug** zur Fahrradreparatur, ferner

2 Kasten-Fenster, neu verglast, das eine Fenster ist 180 cm hoch, 104 breit und 14 tief, das andere Fenster ist 147 cm hoch, 98 breit und 14 tief, günstig **zu verkaufen.**

Alfred George, Bojanowo, pow. Rawicz.

Wir reparieren Ihre

Schreibmaschinen

Paginiermaschinen

Kontrollkassen sowie

Büro-Maschinen aller Art.

Drukarnia Concordia Sp. Akc.

Abteilung: Maschinen-Reparatur

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Września—Wreschen.

Der **Kreisbauernverein Września** ladet seine Mitglieder und Freunde zu dem am **Dienstag dem 26. d. Mts., nachm. 5 Uhr** im Saale Knechtel stattfindenden

Wintervergnügen

mit vorheriger Kinovorstellung ein.

Mitglieder anderer Bauernvereine sind gern willkommen.

Eintritt nur gegen Einladungen, die im Kontor zu haben sind.

Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Zeitschriften, Journale,

die etwa nicht mehr gewünscht werden sind, stets **14 Tage v. Ablauf d. Kalendervierteljahres** abzubestellen. Erfolgt dies nicht, läuft d. Abonnement **ein Vierteljahr weiter.**

Versandbuchhandlung der

DRUKARNIA CONCORDIA,

POZNAŃ, ul. Zwierzyniecka 6.

Tüchtiger, intell. Landwirt mit guten Verbind., Pole,

sucht Pacht 500 – 1000 Mrg.,

kann auch Vorwerk vom Hauptgute sein.

Gefl. Off. unt. 2977 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten

Förster

in ungek. Stellung, verh., 20 J. im Fach, **sucht zum 1. 4. 26 Stellung.** Bin sehr reger u. energ. Forst-Jagdschü., und zuverl., nüchtern und von ernstänb. Gesinnung, seiner Zeit **Schütze Raubzeugvertilg. Jagdhornist und Holzverwerter.** Vor dem Kriege im persönlichen Jagddienst beim Mitgliede eines Herzoglichen Hauses. Beste Zeugn. u. Refer. forstl Autoritäten.

Gefl. Angebote unt. 2956 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Wann erwarte ich die Dame aus der Richtung Środa mit dem Chrysanthemenstrauß an der Seitensperre? Rechter Handschuh linke Hand! Wo erreicht Sie mein Brief?

Ich kaufe jeden Posten

Brau-Gerste

und bitte um Angeb.

E. Schmidtke, Swarzędz.

---

1 Pianino, Nußbaum, modernste Bauart, beste Bearbeitung, ca. 8 J. alt, sehr wenig gebr., daher wie neu, m. 4 Bronzeleuchtern für 2500 zl,

1 Grammophon,

Trichterapparat, wie neu, mit ca. 100 zum Teil sehr gut erhaltenen Platten

1 Gritzner-Nähmaschine,

Schwingschiff, Versenkbar. 1 Jahr im Gebrauch, 200 zl.

1 Görricke-Fahrrad,

sehr gut erhalten, neue Bremsnabe, neuer Gummi, 160 zl

zu verkaufen

Gefl. Angeb. unt. Z. 2972 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Arbeitsmarkt

Gesucht zum 1. 4. 1926 Maschinenmeister

für Guts-Reparaturwerkstatt. Erfahrung in Dreharbeit. Bedingung: Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche erb. an **Gutsverwaltung Borowo, p. Czempin, pow Koscian.**

Aelterer Käser

mit seinen eigenen Formen zum Edamer, Gervais, Camembert und Roquefortkäse. der gute Kenntn. in Fabr. v. Schweizerkäse hat, **sucht Stellung** als Leiter in einer größeren Molkerei. Gefl. Off. unter 2869 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Starke

Waldhasen

ohne Fell

Stück 5,00 zl.

Hasen- Rücken Keulen Läufe

empfiehlt

Josef Glowinski

Poznań ulica Gwarna 13.

Bauer- und Konditor. Bes. Persönlicht. u. Fachmann, evgl., im Alter von 3 Jahren aufwärts, findet günstige Gelegenheit **zur Einheirat** in gutgeh. **Bäckerei m. Grundstück.** Meldung. unt. 2974 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Andacht in der Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A. Wolnica.

Freitag, nachm. 4½ Uhr.

Sonnabend, morgens 7½ Uhr.

Sonnabend, vorm. 10 Uhr.

Sonnabend, nachm. 4 Uhr. Mincha mit Schrifterklärung.

Sabbathausgang 5 Uhr 15 Min.

Werktagsandacht: morgens 7½ Uhr mit Lehrvortrag.

nachm. 4½ Uhr.

Synagoge B. (Israel. Brüdergemeinde). Ulica Dominikańska.

Sonnabend, nachm. 4 Uhr. Mincha.

50—100 magere, gesunde

Läufer-Schweine

(60—80 Pfund schwer) kauft gegen Barzahlung

Dom. Strzeszyn, Post Złotniki b. Poznań.

Unverh. Beamter

z. 1. März ges. Gefl. Zeugnisabschr., Bild u. Gehaltsanspr. an **Dom. Fabjanów, p. Pleszew II.**

Vorstellung erst auf Wunsch.

Gärtner,

unverheiratet, 28 J. alt, mit guten Zeugnissen, sucht Stelle z. 1. 2. 26 oder später. Ang. erbittet **Valentin Rogoziński, Adamowo, pow. Wolsztyński**

Ausschneiden. — Ausschneiden.

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte) für die Monate

Februar und März 1926

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Ein unverheirateter

Böttchergeselle

findet sofort dauernde Beschäftigung. **Albert Schwarz,** Smigiel.

Suche zum 1. 2. fleißiges

älter. Mädchen

für sämtliche Hausarb. Koch- und Nähkenntnisse erwünscht. Gefl. Off. unt. O. 2961 a. die Geschäftsst. dieses Blattes.

Stellengesuche

Empfehle tüchtigen

Oberschweizer

für größeren Viehbestand mit besten Zeugnissen zum 1. 4. 26. **J. Kocz Oberschweizer, Dom. Strzeszyn,** poczta Złotniki. pow. Poznań.

Handlungsgehilfe

der Kurz- u. Wollwarenbranche, der deutsch. und poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, **sucht möglichst bald Stellung.** Gefl. Offerten unter 2967 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Gebildetes, evangel. Fräulein, 30 J. alt, möchte von bald oder später kleinen Land- od. Stadthaushalt selbständig führen. **Vertrauenswürdig und erfahren im Kochen** in bürgerlicher und feiner Küche, sowie in allen Zweigen ein. Haush. Gute Zeugn. vorh. Angebote unt. **J. 2854** a. d. Geschäftsst. dieses Blattes.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte) für den Monat **Februar** 1926

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Direktor

eines größeren Wald- und Güterkomplexes, verbunden mit gewerblichen Unternehmen, in den besten Jahren gewandt tüchtig energisch, gestützt auf erstklassige Referenzen,

sucht von sofort oder später anderweitige administrative Stellung

in landwirtschaftlichem oder gewerblichem Unternehmen. Bin der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig. Gefl. Offerten unter **2716** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Vollwaise, 18 J. alt, evgl., sucht Stellung auf einem Gute, wo sie die **Wirtschaft erlernen kann.** Etwas Taschengeld erwünscht. Off. unt. **2975** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Der Vertrag zwischen dem Irak und Ibn Saud

Schiedsgerichte bei Grenzüberschreitungen.

Zwischen dem englischen Gesandten Sir Gilbert Clayton als bevollmächtigten Vertreter des Königreichs Irak und Ibn Saud, dem Wahabiten-Sultan des Nedschd, ist am 1. November 1925 in dem Feldlager Bahra ein Vertrag abgeschlossen worden, der für die Stellungnahme Englands zu der Entwicklung der Verhältnisse in Arabien überaus bezeichnend ist und deshalb einige Bemerkungen verdient. Der kürzlich in England veröffentlichte Vertrag ist deshalb bedeutsam, weil er erkennen läßt, daß England für die nähere Zukunft wenigstens mit Ibn Saud als dem politischen und militärischen Beherrscher Arabiens rechnet. Dem Vertrage liegt zunächst die Absicht zugrunde, die bisher üblichen Grenzüberschreitungen arabischer Nomadenstämme aus dem Sultanat Nedschd nach dem Irak und umgekehrt künftig zu verhindern. Zu diesem Zwecke haben der Irak und Ibn Saud sich verpflichtet, fortan die Stammeshäuptlinge, welche gegen das Grenzüberschreitungsverbot verstoßen und in dem Nachbarstaate durch Brandschatzungen und Raubzüge Schäden verursacht haben, mit Strafen zu belegen und darüber hinaus ersatzpflichtig zu machen. Über die Feststellung der Schäden und ihren Ersatz soll ein von Fall zu Fall zusammentretendes Schiedsgericht entscheiden. Eine Ausnahme von dem Grenzüberschreitungsverbot ist nur dann zulässig, wenn schlechte Weideverhältnisse in einem Lande den Fortzug einzelner Stämme in Gegenden mit besseren Weiden erforderlich machen. In diesem Falle muß der betreffende Stamm von seinem eigenen Heimatlande eine Erlaubnis erwirken, deren Erteilung aber der Zustimmung des Nachbarlandes bedarf. Letztere kann auf Grund der beiderseits anerkannten allgemeinen Weidegerechtigkeiten nicht versagt werden. Als Grundtendenz des Vertrages ist die Absicht erkennbar, die Fluktuation der Nomadenstämme zwischen dem Irak und dem Staate Nedschd zu verhindern. In der gleichen Linie liegt auch die Vertragsbestimmung, daß ein Staat nicht mehr mit Häuptlingen und Stämmen des Nachbarlandes Schriftwechsel unterhalten darf.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 21. Januar.

Waffenstillstand im Posener Stadtparlament.

Die bessere Einsicht hat nun doch im Stadtparlament den Sieg davongetragen. Der große Stein des Anstoßes scheint jetzt weggeräumt, um den Weg zu fruchtbarer Arbeit für das Stadtwohl freizulegen. Ein dreimonatiger Waffenstillstand ist eingetreten, und ihm dürfte dann hoffentlich ein endgültiger Friedensschluß folgen. Die heikle Platzfrage kam nicht mehr zur Sprache, da man sich inzwischen geeinigt hatte, und nachdem in der Angelegenheit der Ausschußwahlen ein Vergleich zustande gekommen war trat die Erledigung der weiteren Tagesordnung in ihre Rechte.

Die drei Hauptangelpunkte waren die Erhöhung des Straßenbahntarifs, die Aufnahme einer Arbeitslosenanleihe und die Silvesterunruhen. Den Grundton bildete die Arbeitslosigkeit, die scheinbar unaufhaltsam weitere Kreise zieht.

In der Sache der

Erhöhung des Straßenbahntarifs

folgte die Stadt dem Beispiele anderer Städte, wie Warschau und Lodz die ebenfalls die Erhöhung zu sozialen Zwecken vorgenommen haben. Die Straßenbahndirektion hatte wegen Verteuerung der Materialien und der Arbeitslöhne eine Erhöhung des Tarifes um $33^1/_3$ Prozent beantragt. Der Magistrat war in seiner Sitzung vom 12. d. Mts. auf die Erhöhung eingegangen mit dem Vorbehalt daß die Direktion 50 Prozent der erlangten Ueberschüsse der Stadt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für die Einsetzung eines besonderen Straßenbahnfonds für Notstandsarbeiten überweisen solle. Diese Abgabe ermöglicht, wie es in der Vorlage heißt, die Beschäftigung von 500 Arbeitern, für die je 100 zł monatlich gerechnet werden. Der Finanzausschuß ist bezüglich des Vorbehalts weiter gegangen als der Magistrat, indem er 100 Prozent der Ueberschüsse verlangte.

Die Stadtverordnetenversammlung billigte nach längerer Aussprache in der die Straßenbahnverhältnisse von verschiedenen Seiten beleuchtet wurden, die Vorschläge des Ausschusses. Die Erhöhung von der nur die Einzelfahrten und Abonnementskarten betroffen werden, tritt am 1. Februar bis auf Widerruf in Kraft. Die Schülerblocks, für die eine Erhöhung um 25 % geplant war, sowie die Arbeiter- und Invalidenkarten werden von der Erhöhung nicht betroffen.

Nachdem zwei Vorlagen über Erdarbeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen (Aufschüttung der Eichwaldstraße vom Viktoriapark bis zum Eisenbahndamm im Eichwald und Schleifung von Festungsgelände) angenommen waren, kam der Antrag des Stadtverordneten Buggel über die

Aufnahme einer Anleihe von 3 Millionen Zloty

zur Sprache. Der Magistrat soll die Anleihe dazu verwenden, die Arbeitslosigkeit in produktiver Weise zu bekämpfen. Da die Haushaltsmittel nicht ausreichen hat man den Weg der Anleihe beschritten, die in Wien, Zürich oder London, oder auch im Inlande selbst (dann wäre sie keine Auslandsanleihe mehr), aufgenommen werden soll.

Vertreter der Linken sprachen gegen die Entsendung eines Verhandlungsdelegierten. Man einigte sich dahin, daß die betreffende Stelle in der Vorlage, um ihr den angeblich demonstrativen Charakter zu nehmen, gestrichen wird. Gegen die Anleihe selbst, die freilich in einem ziemlich ungünstigen Augenblick kommt, erhob sich kein Widerspruch.

Der Stadtverordnete Kalamajski brachte darauf folgende

Entschließung in Sachen der Silvesterunruhen

ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt auf das schärfste die Ausschreitungen des Pöbels in der Silvesternacht und bedauert, daß es dem Mob möglich war, eine so große Anzahl von Schaufenstern in einigen Straßen einzuschlagen; zu rauben und Waren zu vernichten. Zugleich äußert die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat gegenüber den Wunsch, daß er entsprechende Schritte zu erfolgreicher Verhütung künftiger Ausschreitungen unternehmen möge. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag, daß die verursachten Schäden den geschädigten Firmen nach den Vorschriften des Gesetzes in kürzester Zeit gezahlt werden."

Diese Entschließung weicht von der ursprünglichen Entschließung des Stadtverordneten Kalamajski, in der zum Beispiel eine Stelle enthalten war, die das Verhalten der Polizei kritisierte, nicht unwesentlich ab.

Die Linke erklärte sich mit der Abfassung der Entschließung nicht einverstanden und kritisierte in scharfer Weise das Vorgehen der Polizei, deren Dezernent den Beratungen leider nicht beiwohnte.

Der ruhige Gang der Beratungen, der manchmal beklemmenden Charakter trug, wurde gegen Schluß der Sitzung durch einen Seitensprung des Stadtv. Budzyński gestört. Dieser fühlte sich nämlich veranlaßt, auf eine persönliche Anspielung des Stadtv. Turtoń mit einer unparlamentarischen Bemerkung zu antworten, die einen Sturm der Entrüstung entfachte, ohne daß der Zwischenfall schwerwiegende Folgen gehabt hätte.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß infolge der Ergänzung des Finanz- und des Wahlausschusses durch die ausgeschiedenen Linksvertreter die Gewähr für einträgliche Zusammenarbeit gegeben ist. Was den Rechtsausschuß betrifft, so gaben die Vertreter der Rechten Erklärungen ab, in denen sie die Bereitschaft erklärten, nach drei Monaten an eine den Forderungen der Linken entsprechende Erledigung heranzutreten. Daher der Waffenstillstand. ⏝

Tagung der Westpolnischen Landw. Gesellschaft.

Das Landwirtschaftliche Zentralwochenblatt für Polen bringt das vorläufige Programm für die Tagung der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Posen.

Am 4. Februar findet neben anderen Sitzungen am Nachmittag um 5 Uhr die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes statt.

Der 5. Februar ist der Hauptag, an dem die Generalversammlung der Gesellschaft stattfindet. Neben geschäftlichen Angelegenheiten und dem Generalbericht des Hauptgeschäftsführers werden Vorträge gehalten, und zwar: von dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Senator Dr. Busse, über „Wirtschaftsfragen", und dem Leiter des Landwirtschaftlichen Instituts an der Technischen Hochschule in Danzig, Prof. Dr. Heuser, über: „Wie kann sich der landwirtschaftliche Betrieb der Wirtschaftslage anpassen?", wozu Gutsbesitzer Albrecht Schubert-Grónowo, der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft das Gegenreferat übernommen hat. Am Nachmittag desselben Tages findet ein Vortrag des aus früheren Tagungen bestens bekannten Professors Dr. Ehrenberg-Breslau über: „Die heute empfehlenswerte Anwendung der Kunstdüngemittel unter besonderer Berücksichtigung des Kalks" statt.

Nicht minder wichtig und lehrreich versprechen die interessanten Darbietungen des 6. Februar zu sein. Hier werden gerade Landwirte, die für den Fortschritt und neuzeitliche Methoden Interesse haben, ganz besonders wertvolle Anregungen empfangen. Es werden sprechen: Dr. Burmester, Wirtschaftsberater an der Landwirtschaftskammer für Schlesien in Breslau, über: „Die exakte Bodenwirtschaft und ihr Einfluß auf die Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion" und Diplom-Landwirt Dr. Steding vom Landwirtschaftlichen Zentralverein Königsberg über: „Praktische Ergebnisse der Landarbeitsforschung."

In der Schlußversammlung am Nachmittag wird neben anderem noch ein Vortrag des Prof. Ehrenberg-Breslau über: „Verbesserung und Verbilligung der Fütterung unter besonderer Berücksichtigung der Kartoffel" geboten.

Postaufträge in ausländischer Valuta.

Den Postämtern wurde amtlich in Erinnerung gebracht, daß sie Postaufträge, bei denen der Auftragsvermerk oder das Beglaubigungsdokument in ausländischer Valute ausgefüllt sind, den Absendern zurückgeschickt werden sollen. Auf Grund einer Verordnung des Minister für Industrie und Handel über die Postaufträge im inneren Verkehr müssen diese nämlich in der im Inlande verpflichtenden Währung, nämlich in Zloty und Groschen, ausgestellt sein.

Aenderung im Paketverkehr mit dem Auslande.

Seit dem 1. Januar sind im Postverkehr mit Bulgarien Pakete im Gewicht von über 10 bis 20 Kg. (über Rumänien), sowie mit Dänemark im Gewicht von über 5 bis 10 Kg. zugelassen. Im Verkehr mit Rumänien wurde aus Anlaß der Erhöhung der Schlußgebühr für Pakete eine neue Gebühr für das Gewicht der Pakete eingeführt. Sie beträgt für Pakete von 1 bis 5 Kg. 2,25, von 5—10 Kg. 3,85, von 10—15 Kg. 5,85 und von 15 bis 20 Kg. 7,65 Frank. Zusatz-, Versicherungs-, Expeditions- und Exportgebühr sind in der bisherigen Höhe verblieben.

× **Todesfall.** Der Geheime Veterinärrat, Regierungs- und Veterinärrat a. D. Dr. med. vet. h. c. Paul Heyne, Ehrenmitglied des Deutschen Veterinärrats, der nahezu 30 Jahre bei der preußischen Regierung in Posen gewirkt und am 1. April 1919 Posen verlassen hat und nach Halberstadt verzogen ist, ist dort am 11. d. Mts. im 75. Lebensjahre verstorben.

s. **Justizpersonalnachrichten.** Ernannt: Assessor Alfons Gracz in Graudenz zum Kreisrichter, Dr. Alfred Olesky zum komm. Kreisrichter in Schmiegel, Kreisrichter Jan Cegielski in Posen zum Landrichter, Untersuchungsrichter Dr. Adam Wojdyłko beim Landgericht in Wilna zum Kreisrichter in Strasburg, Applikant Edward Znaniecki in Karthaus zum Assessor, Assessor Bolesław Chrzanowski in Bromberg zum Kreisrichter, Assessor Józef Szubert in Schrimm zum Kreisrichter in Wronke, Assessor Jan Meißner in Posen zum Kreisrichter. In den Ruhestand getreten: Zdzisław Rodzyńskiewicz, Richter beim Appellationsgericht in Posen. Auf Antrag entlassen: Dr. Zdzisław Szwaykowski, Vizepräsident des Landgerichts in Bromberg. In den Ruhestand getreten: Dr. Adam Bielecki, älterer Rat bei der Generalstaatsanwaltschaft in Posen.

× **Die Hasenjagd** ist bekanntlich am 15. Januar zu Ende gegangen. Dazu gibt nun das Städtische Polizeiamt bekannt, daß vom 30. d. Mts. ab der Versand, Ausstellung zum Verkauf, Kauf und Verkauf, Hausieren und Verkaufsvermittlung von Hasen in ganzen Stücken oder Teilen verboten sind. Zuwiderhandlungen ziehen die Beschlagnahme der Ware und die Bestrafung der Schuldigen auf Grund des § 78 des preußischen Jagdgesetzes nach sich.

s. **Polnisch-tschechoslowakischer Viehexport.** Der Vertreter der Viehexportfirma H. Laufer in Wien und Prag weilt gegenwärtig in Posen, um den Viehmarkt zu studieren und Verbindungen mit Kaufleuten anzuknüpfen zum Export von Vieh und Schweinen nach der Tschechoslowakei und Oesterreich.

Deutsche Bücherei. Soweit auf dem Lande und in den Städten deutsche Büchereien vorhanden sind, gleichgültig ob in Betrieb oder zurzeit geschlossen, werden Mitteilungen unter Angabe von Umfang, Anschrift bzw. Anschrift des Leiters der Bücherei, an die Deutsche Bücherei in Posen, ul. Zwierzyniecka 1, erbeten.

s **Ein provisorisches Bethaus** ist in Tarnówka Kościelna wo im Sommer v. Js. die alte Holzkirche niederbrannte, entstanden. Es wird am 2. Februar (Maria Lichtmeß) eingeweiht werden.

× **Diebstähle.** Gestern versuchten Spitzbuben aus einem Lager an der ul. Dąbrowskiego 83/85 (fr. Große Berliner Straße) 30 Felle zu stehlen, wurden aber unter Zurücklassung der Beute von einem Wächter verscheucht. Gestohlen wurden: aus einem Kontor an der ul. Cieszkowskiego 1 (fr. Königsstr.) 500 zł; aus dem Hause ul. Szewska 1 (fr. Schuhmacherstr.) ein Damenfahrrad mit gelben Felgen im Werte von 200 zł.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Donnerstag, früh + 1,22 Meter, gegen + 1,34 Meter gestern früh.

× **Vom Wetter.** Heute, Donnerstag, früh waren bei geringem Schneefall 7 Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, 22. 1.: Verein Deutscher Sänger: 8 Uhr abends Übungsstunde.

Sonnabend, 23. 1.: Kaufmännischer Verein: Stiftungsfest. Gemeinsame Tafel und Ball.

Die Schachabende des Klubs „Szachowy Skoczek" finden täglich im Klublokal „Hotel Centralny" von Gmerek, Posen, Alter Markt 77 statt.

Der Männer-Turnverein Posen bittet uns mitzuteilen, daß am Sonntag, 24. d. Mts., ein Rodelausflug nach Schwersenz stattfindet. Treffpunkt 9,30 vormittags am Hauptbahnhof. Rodelschlitten und Schlittschuhe sind mitzubringen. Gleichzeitig bittet der Verein bekanntzugeben daß die Übungsstunden wieder regelmäßig in der Turnhalle des Below-Knotheschen Lyzeums abgehalten werden: Damenabteilung Montag und Mittwoch ½8—½10 Uhr, Männerabteilung Dienstag und Freitag ½8 bis ½10 Uhr, Jugendabteilung Dienstag und Freitag 7—8 Uhr, Turnriege des Rudervereins Germania Dienstag ½8—½10 Uhr abends. Außerdem soll wieder die Alte Herrenriege ins Leben gerufen werden, die jeden Freitag von 8—½10 Uhr abends die Übungsstunde abhalten wird.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 24. bis 31. Januar.

Sonntag, ½8 Uhr Beichtgelegenheit; 9 Uhr Predigt und Amt; 3 Uhr Rosenkranz, Predigt und Segen. — Montag, abends 7 Uhr Generalversammlung des Gesellenvereins. — Dienstag, abends 7 Uhr Jünglingsverein. — Sonnabend 5 Uhr Beichtgelegenheit.

---

* **Briesen,** 19. Januar. Am Dienstag abend verübte der Kaufmann Karl Isensee, 53 Jahre alt, Selbstmord durch Erhängen. Die Ursache war ein langjähriges Nervenleiden.

* **Graudenz,** 20. Januar. Ein Fall von Genickstarre ist hier aufgetreten und tödlich verlaufen.

s. **Krojanke,** 20. Januar. In der Nacht zum 7. d. Mts. brannte infolge eines schadhaften Schornsteins das Wohnhaus des Wirts Stuckmann in Zalesie Wielkie nieder.

s. **Mogilno** 19. Januar. Aus Unvorsichtigkeit schoß sich der Wirtschaftsbeamte Maniewski in Łąkowa eine Kugel in den Bauch. In bedenklichem Zustande wurde er ins Krankenhaus geschafft.

s. **Nakel** 19 Januar. Der Bahnbeamte B. von hier wurde, wie der „Kurjer" berichtet als er in der Nacht zum 7. d. Mts das Wilczynski'sche Lokal verließ, von dem Bahnbeamten W. aus Samotschin angefallen. Dieser warf den angetrunkenen B. zur Erde, brachte ihm einige Messerstiche bei und raubte ihm die Uhr, Ring und Geld. Der Überfallene kannte den Mann nicht, nur erinnerte er sich daß er seinen Hund „Cäsar" rief. Diese Tatsache führte zur Ermittelung des Täters.

* **Tuchel,** 20. Januar. Am Sonntag wurde der Rittergutsbesitzer Walter Wehr-Festnitz zur letzten Ruhe geleitet. Von nah und fern waren die Freunde und Bekannten herbeigeeilt, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Die Trauerfeier fand in der Kirche von Kensau statt. Das geräumige Gotteshaus konnte nicht annähernd die Zahl der Trauergemeinde fassen. Am Sarge hielt der Ortsgeistliche, Pfarrer Pahl-Kensau, die Trauerrede. An der Gruft rief Pfarrer Wendland-Tuchel ihm die letzten Abschiedsworte seiner Freunde zu, in denen er besonders die Treue als vorbildliche Eigenschaft des Heimgegangenen betonte und ihn als den getreuen Ekkehard unserer engeren Heimat schilderte. Rittergutsbesitzer von Detmering-Falkenhorst legte an seiner Gruft einen einfachen Tannenkranz für die deutschen Landwirte nieder und würdigte in markigen Worten seine Verdienste um die deutsche Landwirtschaft in Pommerellen.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Bromberg,** 20. Januar. Wie seinerzeit gemeldet, versammelten sich am Sonntag, 18. Mai 1924, abends 7 Uhr, in Netzthal im Anschluß an eine Maiandacht vor der evangelischen Kirche etwa 200 Polen und verlangten von dem Kirchendiener die Herausgabe der Kirchenschlüssel. Der Kirchendiener lehnte diese unberechtigte Forderung ab. Darauf zog die Menge nach der Wohnung eines evangelischen Kirchenältesten und stellte an ihn dieselbe Forderung. Selbstverständlich wurde hier ebenfalls die Auslieferung der Schlüssel verweigert. Nunmehr zog die Menge wieder vor die evangelische Kirche, ließ die Kirchentüren mit Gewalt öffnen und hißte auf dem Kirchturm die polnische Flagge. Vor der Kirche wurden Posten aufgestellt. Der katholische Geistliche weigerte sich jedoch, in der gewaltsam besetzten Kirche einen Gottesdienst abzuhalten. Erst am Montag vormittag traf ein Polizeikommando in Netzthal ein und sorgte dafür, daß die evangelische Kirche wieder der evangelischen Gemeinde übergeben wurde. Dieser versuchte Kirchenraub hatte gestern vor der Bromberger Strafkammer ein gerichtliches Nachspiel. Auf der Anklagebank hatten 16 junge Leute aus Netzthal Platz genommen. Die Verhandlung, die etwa vier Stunden in Anspruch nahm, endete mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Wettervoraussage für Freitag, 22. Januar.

= **Berlin,** 21. Januar. **Trübe, ohne erhebliche Niederschläge, weiterhin Frost.**

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

W. R. in J. 1. Eine Million Mk. hatte im Oktober 1923 einen Wert von 8 zł; diese sind voll zurückzuzahlen. 2. Uns nicht bekannt. 3. Ja. 4. Sie müssen sich in diesem Falle mit der Kommissionseinschätzung einverstanden erklären.

W. S. 1926. 1. Gewöhnliche Hypotheken mit 15 Prozent. 2. Für städtische Hypotheken ist Zahlungsaufschub bis 1. Januar 1928, für ländliche bis zum 1. Januar 1927.

J. K. R. Nr. 100. 1. Darlehen sind mit 10 Prozent aufzuwerten. Die 5000 Mk. hatten einen Wert von 2500 zł. An Zinsen dürfen nur die verabredeten gefordert werden. 2. Die 4000 deutsche Mark hatten am 1. Januar 1920 einen Wert von 444,44 zł, davon sind 15 Prozent zu zahlen. 3. Im März 1923 waren 1 Million Polenmark gleich 121,95 zł.

R. L. in W. Am 3. und am 18. August 1925: 5,18½

Nr. 2000 in R. 1. Das Recht hat der Starost. 2. Ja. 3. Beschwerde bei der Wojewodschaft einlegen. Auch wir sind der Meinung, daß die von deutschen Optanten freigewordenen Wohnungen nur für polnische Optanten beschlagnahmt werden dürfen. 4. Diese Frage läßt sich ohne weiteres nicht beantworten. 5. Das kommt ganz darauf an, ob er wirklich optiert hat; möglich wäre das zweifellos. 6. Beschwerde beim Starosten führen.

J. K. in M. 1. Falls die Hypothek damals ohne Vorbehalt angenommen worden ist, kann jetzt von einer Aufwertung keine Rede mehr sein. 2. Auch hier gilt das unter 1 Gesagte.

R. R. 1000. Sie haben Anspruch (nach § 29 der polnischen Aufwertungsverordnung) auf volle Aufwertung. In Deutschland gilt, was Sie als Leserin des „Pos. Tagebl." eigentlich wissen müßten, eine andere Aufwertungsverordnung. Sie haben Anspruch auf die verabredeten Zinsen. Falls Sie eine Einigung mit dem Hypothekenschuldner nicht erzielen können, müssen Sie die freiwillige Gerichtsbarkeit des Gerichts in Anspruch nehmen, in dessen Grundbuch die Hypothek eingetragen ist. Die Zurückzahlung muß unter Innehaltung der verabredeten Kündigungsfrist erfolgen.

M. W. in Schr. Für die Anmeldung der Posener Pfandbriefe ist noch keine Frist festgesetzt, da überhaupt noch nicht feststeht, wie hoch sie aufgewertet werden.

Elektro-Ing. Derartige Techniken gibt es in Deutschland: in Bingen, Frankenhausen a. Kyffhäuser, Hildburghausen, Ilmenau, Mittweida, Neustadt i. Mecklenb., Stadt-Sulza, Sternberg i. Mecklenb. und Teplitz. Aufnahmebedingung: Volksschulbildung, besser eine höhere Bildung nach zweijähriger Praxis, Studium von 5 Semestern. Am besten ist es, daß Sie sich an die betreffenden Anstalten wegen der Übersendung von Prospekten wenden.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handelsnachrichten.

Die Verpachtung des polnischen Tabakmonopols. Der „Kurjer Codzienny“ und der „Robotnik“ geben die vorläufigen vom Bankerstrust und von der Tabako Company gemeinsam skizzierten Bedingungen für die Pachtung des Tabakmonopols folgendermaßen an: Die Anleihe würde die Höhe des dreifachen Jahresertrages des Monopols haben. Sie soll zu 75 v. H. begeben und mit 8½ Prozent verzinst werden. Der Geschäftsgewinn der Pächterin soll bestehen aus den bisherigen durch technische und wirtschaftliche Reorganisation erhöhten Erträgen, ferner aus dem verbilligten Masseneinkauf von Übersee-Rohtabaken. Die Gewinnbeteiligung der polnischen Regierung wird nach den amerikanischen Vorschlägen darauf beschränkt, daß sie 55 Prozent eines der ehemaligen Akzise entsprechenden Preisaufschlages erhält, während 45 Prozent die Pächterin erhält.

Handelsverhandlungen Polen-Lettland. Die polnische Regierung führt gegenwärtig Verhandlungen mit Lettland über die Regelung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. Es besteht die Absicht, ein Provisorium abzuschließen bis endgültige Vertragsverhandlungen möglich sind.

Die Abreise der polnischen Handels- und Industrieabordnung nach Moskau, die am vergangenen Freitag erfolgen sollte, ist, wie die „Rzeczpospolita“ meldet, verschoben worden. Am Dienstag dieser Woche soll in einer Konferenz der Industrie- und Handelskreise Sowjetrußlands, die vom Handelskommissariat einberufen ist, der genaue Zeitpunkt der Gründerversammlung des Sowpoltorg festgesetzt werden. Die polnische Delegation wird sich aus drei oder vier Personen zusammensetzen.

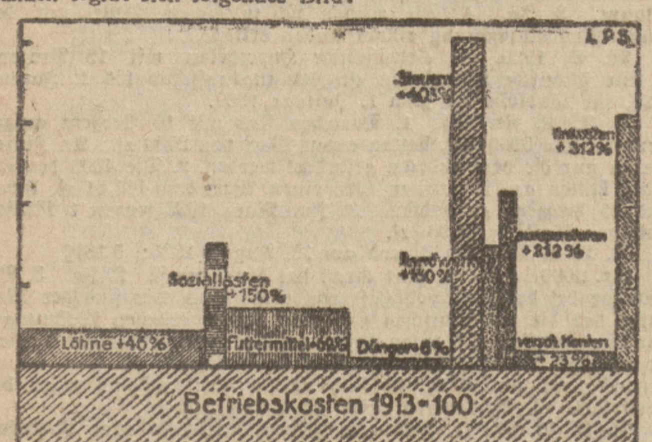
Das polnische Naphthakartell ist vorläufig bis zum 1. Januar 1927 verlängert worden. Trotzdem wird man, wie schon kürzlich bemerkt, an seiner Dauerhaftigkeit ernstlich zweifeln dürfen, da sich fortwährend die größten Meinungsverschiedenheiten zwischen der staatlichen „Polmin“ und den anderen großen Raffinerien ergeben. So haben sich in der letzten Sitzung des Kartells auch die Firmen „Jasło“, „Galycja“ und „Fanto“ gegen den Plan einer Zentralverkaufsstelle für den Export von Gasöl, Paraffin und Petroleum, durch welche die wilde Konkurrenz der Exporteure bekämpft werden soll, ausgesprochen. Der Ausschluss der Naphthaerzeugnisse von den Kartellkompetenzen hat bekanntlich schon früher zu Differenzen geführt. Beschlossen wurde eine Herabsetzung der Inlandspreise für Leuchtpetroleum auf 48 Zloty je 100 kg netto loko Lager für ganz Polen sowie des Raffineriepreises für Galizien und das Teschener Schlesien auf 43,70 Zloty in Fässern und 42,20 in Zisternen, für die übrigen Provinzen auf 43,70 in Fässern und Zisternen.

Weitere Kündigungen in der Lodzer Textilindustrie sind bei Scheibler & Grohmann für 2869 Arbeiter zum 22. d. Mts., bei Biedermann für sämtliche 900 Arbeiter, bei Geyer hauptsächlich für die Arbeiter der Appreturabteilung erfolgt. Krusche & Ender in Pabianice mit 3500 Arbeitern schließen den Betrieb gänzlich.

Neuregelung der Lagergebühren in Czernowitz. Die rumänische Eisenbahnverwaltung hat mit Wirkung vom 1. Januar 1926 neue Lagergebühren für Waren bzw. Warentransporte festgesetzt, die auf dem Umschlagsbahnhof in Czernowitz zur Ein- und Ausfuhr zollamtlich abgefertigt werden. Alle derartigen Transporte unterliegen während der ersten 24 Stunden keinerlei Gebühren. Nach dieser Frist wird für die nächsten 24 Stunden eine Gebühr von 100 Lei erhoben. Am 3. Tage beträgt die Lagergebühr 30 Lei stündlich je Waggon, am 4. Tage 45 Lei stündlich je Waggon, am 5. und an den folgenden Tagen 60 Lei stündlich je Waggon.

Die bulgarische Mühlenindustrie ist noch nicht so entwickelt, wie es dem natürlichen Getreidereichtum des Landes entsprechen würde. Vor allem fehlt es vielfach an einer zeitgemäßen maschinellen Einrichtung, durch die der Betrieb rentabler gestaltet und auch der Mehlpreis im Interesse verstärkter Exportfähigkeit verbilligt werden könnte. Die Zahl der für das Ausfuhrgeschäft tätigen Mühlen beträgt nur 35, die jährlich etwa 332 000 Tonnen Weizen vermahlen, davon rund 120 000 Tonnen Mehl Ia exportieren und zirka 155 000 Tonnen auf dem Inlandsmarkt absetzen. Fast ausschließlich für diesen arbeiten 565 mittelgroße Mühlen, die zirka 150 000 Tonnen Mehl jährlich produzieren. Der größte Teil des inländischen Konsums aber wird durch nahezu 4000 kleine Mühlen gedeckt, die zirka 2 Millionen Tonnen Mehl zum Verbacken und außerdem noch erhebliche Mengen groben Mehls als Viehfutter herstellen.

Die Steigerung der Betriebskosten in der deutschen Landwirtschaft. Das Schaubild ist gezeichnet auf Grund der Buchführungsergebnisse der Betriebsjahre 1913/14 und 1924/25 von 10 landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Gesamtfläche von 11 598 Morgen. Es sind sämtlich ausgesprochene Rübenwirtschaften mit hochentwickelten Abmelkställen aus der näheren Umgebung von Halle. Danach ergibt sich folgendes Bild:



Die Gesamtausgaben je Morgen 1913/14 sind gleich 100 gesetzt. Der prozentuale Anteil der Hauptkonten ist auf der Grundlinie eingetragen. Er beträgt für Löhne einschließlich der Soziallasten 34,0 Prozent, für Futtermittel 27,3 Prozent, für Düngemittel 15,0 Prozent, für Steuern 3,0 Prozent, Baureparaturen 2,2 Prozent, Handwerkerarbeiten 2,0 Prozent und Unkosten 3,4 Prozent. Die sich für das Betriebsjahr 1924/25 ergebenden Steigerungen auf den einzelnen Konten sind in Säulen nach Prozenten in dem Schaubild zum Ausdruck gebracht. Das Lohnkonto müßte eigentlich noch um die 10proz. Lohnsteuer verkürzt und das Steuerkonto entsprechend erhöht werden, da letzten Endes die Lohnsteuer doch vom Unternehmer getragen werden muß. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß die Verschiebung nur sehr geringfügig sein würde, da das steuerfreie Lohneinkommen bis zum 11. Dezember 1924 50 Mark, bis zum 30. Mai 1925 60 Mark, jetzt 80 Mark ausmacht. Die sozialen Lasten sind jedoch voll erfaßt, sowohl der Anteil des Arbeitgebers, wie der des Arbeitnehmers. Noch nicht zum Ausdruck kommt jedoch die Erhöhung der Unfall- und Invalidenversicherung. Da durch die fünfte Ausführungsverordnung zur V. O. über Erwerbslosenfürsorge vom 14. November 1924 die Landwirtschaft von diesen Beiträgen nahezu befreit ist, sind in den Soziallasten diese Beiträge nur für 5 Monate enthalten. — Kraftfuttermittel sind im allgemeinen um 100 Prozent gestiegen, dafür ist jedoch Heu und Stroh unter Vorkriegspreis.

Die Gesamtausgaben je Morgen sind um 72,4 Prozent gestiegen. Interessant ist auch die prozentuale Verschiebung der Konten untereinander. So ist das Düngerkonto von 15 Prozent auf 9,2 Prozent gesunken, hingegen die Steuern von 3,0 auf 8,9 Prozent gestiegen, die Handwerkerkosten von 2,0 Prozent auf 3,0 Prozent, die Baureparaturen von 2,2 auf 4,1 Prozent; gehalten hat sich das Futtermittelkonto.

Herabsetzung der Diskontrate in Danzig. Die Bank von Danzig, die schon im Vorjahre kurz nach der Diskontherabsetzung der Deutschen Reichsbank ihren Diskontsatz von 10 auf 9 Prozent (am 3. Mai 1925) ermäßigte, folgt auch diesmal dem deutschen Beispiel und senkt ab 19. Januar, wie kurz gemeldet, den Satz für Wechseldiskont von 9 auf 8 Prozent und für Lombard von 11 auf 10 Prozent. Die Ermäßigung findet ihre tatsächliche Begründung in einem günstigen Status der Bank: Zunahme der Devisen und Abnahme der Wechselbestände. Diese Entwicklung ist wie in Deutschland zur Hauptsache eine Folge oder mindestens Begleiterscheinung einer starken wirtschaftlichen Depression, zu deren Milderung auch die Diskontherabsetzung beitragen soll. — Über die jetzt geltenden offiziellen Diskontsätze der wichtigsten Notenbanken unterrichtet die nachfolgende Tabelle:

			%				%
Dt.R.-Bank	seit	12. 1. 26	8	Lettland [2])	seit	16. 2. 24	8
do. Lomb.	„	12. 1. 26	10	Litauen	„	8. 2. 25	7
Belgien	„	1. 12. 25	7	Norwegen	„	12. 1. 26	6
Bulgarien	„	5. 8. 24	10	Österreich	„	3. 9. 25	9
Dänemark	„	8. 9. 25	5½	Polen [3])	„	3. 8. 25	12
Danzig	„	19. 1. 26	8	Portugal	„	12. 9. 23.	9
England	„	3. 12. 25	5	Rumänien	„	1920	6
Estland	„	1. 7. 25	10	Rußland	„	1. 1. 24	10
Finnland	„	29. 10. 25	7½	Schweden	„	8. 10. 25	4½
Frankreich	„	9. 7. 25	6³/₁₀	Schweiz	„	22. 10. 25	3½
Griechenld.	„	11. 8. 25	10	Spanien	„	29. 3. 23	5
Holland	„	3. 10. 25	3½	Südafrika	„	Nov. 1924	5½
Japan	„	15. 4. 25	7 [1])	Tsch.-Slowak.	„	13. 1. 26	6
Indien	„	25. 9. 25	5	Ungarn	„	21. 10. 25	7
Italien	„	18. 6. 25	7	Ver.Statat. [4])	„	7. 1. 26	4
Südslawien	„	23. 6. 22	7				

[1]) Lombard 8. [2]) Rediskont. [3]) Lombard 14 %. [4]) F.-R. B. of Neuyork.

Polen hat demnach einen um 2% höheren Diskontsatz als alle anderen Staaten.

Märkte.

Getreide. Krakau, 20. Januar. Für 100 kg. 45proz. Krak. W.-Mehl 67—68, „00“ Krakauer Grießmehl 67—70, „0000“ Kongr.-Mehl 61—62, „0000“ Kongr.-Grießmehl 65—66, 60proz. Krakauer R.-Mehl 40—41, 65proz. Krakauer R.-Mehl 38—39, 65proz. Posener 41.50—42.50, W.-Kleie 17—17½, R.-Kleie 16½—17, gew. Graupen 36—38, Burmareis II 87—95, Domänenweizen 37—38½, Handelsweizen 37—36½, Inlandsdomänenroggen 24—24½, Handelsroggen 22½—23½, Domänenhafer 25½—26½, Handelshafer 24—25, Graupengerste 24—25, Futtergerste 23—24, neuer rumänischer Mais 30—30½, Viktoriaerbsen 60—65, gew. Erbsen 40—45, Zuckererbsen 75—80, Runderbsen 35—42, Langbohnen 30—32, Kurzbohnen 35—36, Perlbohnen 50—56, Wicken 28—30, Lupinen gelbe zur Saat 16—17, Mohn blauer 170—180, grauer 160—170, holländ. Kümmel 180—185.

Warschau, 20. Januar. Für 100 kg fr. Verladestation (fr. Warschau) in bar: Roggen 118 f hol 22 (23½), Weizen 34½—35, Einh.-Hafer 23, minderwertiger (23½), Braugerste 23, Mehlgerste 20 (22½), Roggenkleie 12 (14), W.-Kleie 14 (16), Roggenmehl 50proz. 36 (38) zł.

Lemberg, 20. Januar. Weißweizen 32—34, Rotweizen 36 bis 38, Roggen 21—22, Braugerste 21—22, Futtergerste 17—18, Hafer 21—22.

Wilna, 20. Januar. Für 100 kg loko Lager Wilna: Weizen 35, Gerste 24½—25½, Hafer 26½—27—28½, Roggen 25—25½, Erbsen 28, Kartoffeln 10—12, Stroh 7. Tendenz nicht einheitlich.

Danzig, 20. Januar. Weißweizen 13½—13¾, Rotweizen 13⅛—13½, Roggen 8.40—8.50, Gerste 8.50—9.50, Futtergerste 8.25—8.50, Hafer 8.25—8.50, Erbsen 10—11, Vikt.-Erbsen 15, R.-Mehl 5.25, W.-Mehl 6.50, 60proz. R.-Mehl 27, „000“ W.-Mehl mit einer 25proz. Mischung ausländ. Mehls 49½, „000“ neues Inlandsweizenmehl 42½. Tendenz ruhig.

Hamburg, 20. Januar. Notierungen ausl. Getreidearten für 100 kg in hfl. Weizen: Manitoba I 17¾, II 17.35, III. 16.95, Rosafe für Januar/Februar 72 kg 15½, Baruso Januar/Februar 76 kg 15.60, Mais La Plata 9.05, Donau (Galfox) bessarabischer 9.00, Roggen wurde nicht notiert. Andere Getreidearten bei ruhiger Tendenz.

Berlin, 21. Januar. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark Weizen märk. 246—252, pommerscher 246—252, März 266½—266, Mai 273, Roggen: märk. 145—152, pommerscher 145—152, März 174½—175½—175, Mai 187—187½—187, Gerste: Sommergerste 180—207, Futter- und Wintergerste 148—162, Hafer, märk. 160—171, westpr. —.—, März —.—, Mai —.—, Weizenmehl: fr. Berl. 32½—36.00, Roggenmehl: fr. Berlin 22¼—24¼, Weizenkleie: fr. Berl. 11¼—11½, Roggenkleie: fr. Berl. 9¾—10¼, Raps: 340—345, Leinsaat: —.—, Viktoriaerbsen: 26.00—36.00, Kleine Speiseerbsen: 22.00—25.00, Futtererbsen: 20.00—22.00, Peluschken: 20.00—21.00, Ackerbohnen: 20.00—21.00, Wicken: 21.00—23.00, Lupinen: blau 12—12½, Lupinen: gelb 14.00—15.00, Seradella: neue 18½—19½, Rapskuchen: 15¾, Leinkuchen: 23½—23.60, Trockenschnitzel: 8—8.20, Soyaschrot: 20.30 bis 20.40, Torfmelasse: 30/70 8.20—8.50, Kartoffelflocken: 14.80—15.30. Tendenz für Weizen: schwächer, Roggen: schwächer, Gerste: matter, Hafer: still.

Chikago, 19. Januar. Cts für 1 bushel. Weizen Hardwinter II loko 182½, Mai alt 175⅜, neu 177½, Juli neu 153½, September neu 145¾, mixed Nr. II loko 181¼, Roggen Nr. II loko 105, Mai 110½, Juli 109⅞, Mais gelb Nr. III loko 77, weiß Nr. IV loko 74, gemischt Nr. IV loko 72½—75, Mai 84⅝, Juli 87⅛, September 88¼, Hafer Mai 45½, Juli 46, Gerste Malting loko 63—72. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Saaten. Thorn, 20. Januar. Für 100 kg in Złoty: Rotklee 180—220, Weißklee 180—265, Schwedenklee 170—220, Gelbklee 45—55, Seradella 18—20, Sommerwicken 18—22, Winterwicken 55—60, Peluschken 18—21, Viktoriaerbsen 32—36, Raps 55—65, blaue Saatlupinen 12—14, Leinsaat 50—60, blauer Mohn 80—90, Erbsen 24—27.

Zucker. Warschau, 20. Januar. Für 100 kg fr. Lager Warschau: Kristallzucker 117.85, Puderzucker 127.55, Preßwürfelzucker für 80 kg I 110.80 zł, Raffinadezucker II 114.20 zł.

Metalle. Kattowitz, 20. Januar. Bronzeguß 3.35, Phosphorbronzeguß 3.71, Manganbronzeguß 4.76, Elektrolytbronze 5.88, Weißmetall 80proz. 9 zł für 1 kg.

Berlin, 20. Januar. Notierungen in deutscher Mark für 1 kg Elektrolytkupfer sof. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 133, Raffinadekupfer 99—99.3% 1.17—1.18, Standard für Januar 1.17—1.18, Originalhüttenrohzink i. fr. Verkehr 0.75—0.76, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgüte 0.66 bis 0.67, Orig.-Hüttenaluminium 98—99% 2.35—2.40, dasselbe in Barren gewalzt und gezogen in Drahtbarren 2.40—2.50, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Silber mind. 0.900 f in Barren 93½—94½ M. für 1 kg, Gold i. fr. Verkehr 2.80½—2.82½ Mk. für 1 Gramm, Platin i. fr. Verkehr 14.10—14.30 Mk. für 1 Gramm.

Baumwolle. Bremen, 20. Januar. Amtliche Notierungen in amerik. Cts. für 1 engl. Pfund (453 Gramm). 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 22.27, Januar 20.24, März 20.35, Mai 20.36—20.30, Juli 20.16—20.09, September 19.78, Oktober 19.49, Dezember 19.28—19.15. Tendenz ruhig.

Posener Börse.

	21. 1.	20. 1.		21. 1.	20. 1.
4 Pos. Pfdbr. est	—	—	Hartw. Kant. I.-II.	2.50	—
6 listy zbożowe	4.90	5.00	Herzf. Vikt I.-III.	2.00	2.50
		4.90	Hurtown. Skór I.-IV.	—	—
8 dolar. listy	2.70	2.70	Juno I.-III.	—	—
			Lubań I.-IV.	55.00	—
5 Poż. konwers.	0.29	0.28	Dr. R. May I.-V.	—	19.50
10 Poż. kolejowa	—	1.10	Mł. i Tart. Wągr. I.-II	—	—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	2.00	2.00	Młyn Pozn. I-IV.	—	—
Bk. Przemysł I.-II.	—	—	Młyn Ziem. I.-II.	—	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Płótno I.-III.	—	—
Bk. Ziemian I.-V.	—	—	Pneumatyk I.-IV.	0.10	—
Arkona I.-V.	—	—	Sp. Drzewna I. VII.	—	—
Barcikowski I.-VII	0.80	0.80	Sp. Stolarska I.-III.	—	—
Brow. Krotosz I.-V	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II.	—	—
Brzeski-Auto I.-III.	2.50	2.50	Tri I.-III.	—	—
Cegielski I.-IX	—	—	Unja I.-III.	3.00	—
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	—	Wag. Ostrowo I.-IV.	—	1.00
Centr. Skór I.-V.	—	—	Wisła, Bydg. I.-III.	—	—
Dębieńko I.-V.	—	—	Wytw. Chem. I.-VI	0.30	0.30
Gopiana I.-III.	—	0.90	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—	—
C. Hartwig I.-VII.	—	—			

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.):	21. 1.	20. 1.		21. 1.	20. 1.
Amsterdam	294.38	—	Paris	27.57	27.34
Berlin*)	174.00	174.00	Prag	21.66	21.66
Helsingfors	—	—	Stockholm	—	—
London	35.59	35.59	Wien	103.00	103.00
Neuyork	7.32	7.32	Zürich	141.50	141.53

*) über London errechnet.

Effekten:	21. 1.	20. 1.		21. 1.	20. 1.
6% P. P. Konwers.	100	100	Nobel III.—V.	1.35	1.40
5% „	43.50	43.50	Lilpop I.—IV.	—	0.59
6% Poż. Dolar	64.00	64.50	Modrzejow. I.—VII	2.15	2.25
10% Poż. Kolej. S. I.	116	122	Ostrowieckie I.-VII.	4.20	4.25
Bank Dysk. I.—VII	5.05	5.05	Starachow. I.—VIII	0.90	0.95
B. Handl. W. XI.-XII.	1.85	—	Zieleniewski I.-V.	8.75	—
B. Zachodni I.-VI.	1.00	—	Żyrardów	—	7.00
Chodorów I.-VII.	5.00	5.45	Borkowski I.-VIII.	0.60	0.60
W. T. F. Cukru	1.70	1.80	Haberbusch i Sch.	5.20	—
Kop. Węgli I.-III.	1.48	1.55	Majewski	—	—

Tendenz: schwächer.

Danziger Börse.

Devisen:	21. 1. Geld	20. 1. Geld		21. 1. Geld	21. 1. Brief	20. 1. Geld	20. 1. Brief
London	25.205	25.261	Berlin	123.293	123.604	123.346	123.654
Neuyork	5.2165	—	Warschau	71.36	71.54	71.04	71.21
Noten:							
London	—	25.263	Berlin	123.321	123.629	—	—
Neuyork	—	5.2155	Polen	71.01	71.99	71.16	71.34

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	21. 1.	20. 1.	Devisen (Geldk.)	21. 1.	20. 1.
London	20.392	20.400	Kopenhagen	104.19	104.17
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	85.39	85.32
Rio de Janeiro	0.639	0.632	Paris	15.745	15.66
Amsterdam	168.63	168.71	Prag	12.416	12.415
Brüssel	19.06	19.07	Schweiz	81.03	81.03
Danzig	80.88	80.90	Bulgarien	2.855	2.615
Helsingfors	10.545	10.545	Stockholm	112.28	112.28
Italien	16.93	16.94	Budapest	5.872	5.875
Jugoslawien	7.43	7.432	Wien	59.07	59.05

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw medio.

Effekten:	21. 1.	20. 1.		21. 1.	20. 1.
Harp. Bgb.	*112½	*106	Görl. Wagg.	22	20¾
Kattw. Bgb.	9½	9¾	Rheinmet.	22¾	23
Laurahütte	34½	34½	Kahlbaum	91¼	95½
Obschl. Eisenb.	* 47¼	* 46¾	Schulth. Patzenh	—	121½
Obschl. Ind	* —	* —	Dtsch. Petr.	79	76½
Dtsch. Kali	123½	125½	Hapag	115	* —
Farbenindustrie	127¾	127⅜	Dtsch. Bk.	* —	* 116½
A. E. G.	* 96¾	* 95¾	Disc. Com.	*113¼	* 112¾

Tendenz: fest.

Ostdevisen. Berlin, 21. Januar, 2³⁰ nachm. Auszahlung Warschau 57.50—57.80, Große Polen 57.01—57.59, Kleine Polen —.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 21. Januar, mittags 12³⁰ Uhr. (R.) Auf Auslandskäufe setzte die Börse die Aufwärtsbewegung fort. Am Montanmarkte Harpener auf Gerüchte von Dividendenausschüttung bevorzugt und um 5½ Prozent höher. Andere Werte um 2 bis 3 Prozent gebessert. Von Schiffahrtsaktien Paketfahrt 2 Prozent höher. Auch Maschinenfabrikaktien zum Teil namhaft gebessert. Deutsche Anleihen wenig verändert.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 21. Januar, 10 Uhr vormittags für 1 Dollar 7.28 zł, 1 engl. Pfund 35.38 zł, 100 schweizer Franken 140.55 zł, 100 franz. Franken 27.50 zł, 100 Reichsmark 173.25 zł.

Der Złoty am 20. Januar 1926. **Neuyork:** Überw. Warschau 14.25, **Wien:** Złoty 96.25—97.25, Überw. Warschau 97, **Prag:** Złoty 465.50—466.50, Überw. Warschau 469—475, **Budapest:** Złoty 9800 bis 10 400, **Tschernowitz:** Überw. Warschau 27.20, **Bukarest:** Überw. Warschau 27.50, **Riga:** Überw. Warschau 76, **London:** Überw. Warschau 36.50.

1 Gramm Feingold für den 21. Januar 1926 wurde auf 4.8517 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 15 vom 20.1.1926.) (1 Goldzłoty gleich 1.4086 zł.)

Dollarparitäten am 21. Januar in Warschau 7.32 zł, Danzig 7.28 zł, Berlin 7.28 zł.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.